



medico international

rund- schreiben 01/15

Befreites Kobanê: Vor dem Wiederaufbau
Bewegtes El Salvador: Recht auf Gesundheit
Abgeriegeltes Gaza: Ohnmacht in Trümmern

KOMMENTAR 4
SYRIEN/KURDISTAN 8
EL SALVADOR 16
PAKISTAN 20
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 24
ISRAEL-PALÄSTINA 26
GESUNDHEIT: EBOLA 34
GLOBAL HEALTH WATCH 37
MIGRATION: MITTELAMERIKA 38
MEDICO AKTIV 42
MEDICO MATERIALLISTE 44
SERVICE/IMPRESSUM 46

Liebe Leserinnen und Leser,

alles schaut auf Europa und Griechenland. Auch unsere Partnerinnen und Partner in Israel und Palästina. Die Hoffnungen, dass es der Syriza-Regierung gelingen könnte, endlich eine Umkehr der in Stein gemeißelten neoliberalen Verhältnisse zu erreichen, sind groß. „Wenn sich ein Stein in der Mauer löst“, sagte Yehuda Shaul von Breaking the Silence, der Organisation der ehemaligen israelischen Besatzungssoldaten, zu mir, „dann stürzt die ganze Mauer ein“. Vielleicht lässt sich so das ungeheuerliche und beängstigende Beharren der deutschen Regierung erklären, nicht nachzugeben in den Glaubenssätzen der Strukturanpassung, die sich schon in der Schuldenkrise der sogenannten Entwicklungsländer in den 1980er Jahre als komplett falsch erwiesen haben. Mit einem erfolgreichen Syriza-Projekt könnten alle neoliberalen Weisheiten in Frage gestellt sein.

Warum für kritische Israelis und Palästinenser die griechische Frage so interessant ist, lässt sich erklären. Denn die Verteidigung des Status quo ist für die meisten israelischen Politiker das Zukunftsprojekt, das mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchgesetzt werden soll. Teil dieses Projekts ist nicht nur die allumfassende Kontrolle der Palästinenser, sondern ebenfalls eine neoliberale Praxis, wie sie allenfalls noch im Mutterland dieser Doktrin, in Chile, umgesetzt wird.

Wenigstens Gesteinsbröckchen aus der neoliberalen Mauer haben die Salvadorianer geschlagen. Das zeigt die Geschichte der Gesundheitsbewegung, die der medico-Mittelamerika-Koordinator Dieter Müller in seinem Text aufzeigt. Eine seit Langem kämpfende Bewegung, gestützt vom Gesundheitspersonal, hat sich dort gegen die Privatisierung des öffentlichen Gutes zur Wehr gesetzt. Diese Bewegung existiert nach wie vor und hat in der von der ehemaligen Guerilla-Organisation FMLN getragenen Regierung ein Gegenüber gefunden, das zumindest in dieser Frage politischen Willen zur Rücknahme von neoliberalen Projekten beweist. Vielleicht ein Lehrstück dafür, wie eine linke Regierung mit einer sozialen Bewegung kooperiert, ohne sie zu kooptieren und entmächtigen.

Seit mehr als zwei Jahren nehmen die Entwicklungen in Syrien einen großen Raum im Rundschreiben ein. Die größte humanitäre Katastrophe mit Millionen von Flüchtlingen ist vorerst ohne jegliche adäquate politische Antwort. Humanitäre Hilfe, wie sie auch medico für die Flüchtlinge leistet, ist nötig, aber nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Martin Glasenapp hat die Befreiung der syrisch-kurdischen Stadt Kobanê genutzt, um sich die Situation vor Ort anzuschauen. Seine Reportage gibt einen Einblick in die unerträglichen Zerstörungen, die der IS dort hinterlassen hat. Sie zeigt aber auch, dass inmitten dieser Verwüstungen Menschen Zukunftsprojekte entwickeln können, die sich jenseits ethnischer Zuschreibungen bewegen.

Zum Schluss noch der Hinweis auf die stiftung medico international. Sie begeht in diesem Jahr ihr zehntes Jubiläum. Wir werden die erfolgreiche Arbeit gebührend feiern mit einem Symposium am 5. und 6. Juni, das sich mit dem Thema „Resilienz in der neoliberalen Transformation von Staatlichkeit“ beschäftigt. Neben den wichtigen inhaltlichen Debatten wird es Zeit für Begegnungen und Gespräche am Rand der Konferenz geben. In Zeiten der Individualisierung und Fragmentierung eine Möglichkeit des Austauschs, die hoffentlich viele von Ihnen nutzen. Wir freuen uns darauf.

Herzlichst Ihre




Foto: Lorenzo Meloni

Gefahrenabwehr als Frage der Gleichberechtigung: kurdische Kämpferin in Kobanê.

Zeiten der Un- ruhe

Das Elend der Welt ist längst so groß,
dass es durch Hilfe nicht mehr gemildert
werden kann. Sind Aufklärung und
Humanismus am Ende?

Von Thomas Gebauer

Terroranschläge in Paris, Krieg in der Ukraine, anhaltende Flüchtlingsdramen im Mittelmeer, humanitäre Krise in Griechenland – die Schrecken der Welt rücken näher. Das Elend aber, das dabei sichtbar wird, bildet nur die Spitze des Eisberges. Die Krise reicht viel tiefer. Wer eine Ahnung von ihrem Ausmaß bekommen will, sollte einen Blick in den gerade veröffentlichten Bericht der Bundesregierung über die humanitäre Hilfe werfen:

„Dramatische Entwicklung“ in Syrien; – die Lage in den Palästinensischen Gebieten „weiter verschlechtert“; – im Jemen „fast die Hälfte der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen“; – im Irak „wieder eine Million Menschen auf der Flucht“; – „wiederkehrende Dürren, Hungersnöte und Gewalt“ am Horn von Afrika; – „signifikante Verschlechterung“ in Somalia; – „prekäre Lage“ im Sudan, „angespannt und eskaliert“ im Südsudan, „kritisch“ im Tschad; – im Niger „4,3 Mio. Menschen von Nahrungsmittelknappheit“ bedroht; – höchste sog. „level 3 Notlage“ in der Zentralafrikanischen Republik; – in der DR Kongo „6,7 Mio. Menschen von Nahrungsmittelunsicherheit bedroht“, – „konfliktbedingte Binnenvertreibung“ und „höchste Mangel- und Unterernährungsrate“ in Pakistan, etc., etc.

Es sind nüchterne Worte, mit denen der Bericht die katastrophale Entwicklung der letzten Jahre dokumentiert. Wobei die behördli-

che Feststellung des millionenfachen Leidens verstörender wirkt als all die „human touch“ Erzählungen, mit denen Hilfsorganisationen heute für Spenden werben. Deutlich wird der prekäre Zustand der Welt, dessen Brutalität nicht zuletzt in einer kaum noch empörenden, fast schon zwangsläufig erscheinenden Zerstörungsdynamik liegt. Es ist ein stilles Verrecken, das uns da entgegentritt; versteckt in vergessenen Katastrophen, von denen kaum jemand Notiz nimmt.

Wenn uns Berichte aus dem afrikanischen Sahel erreichen, dann vielleicht, weil die terroristische Boko Haram wieder ein Massaker begangen hat, nicht aber weil Millionen von Menschen nicht mehr wissen, ob sie sich morgen noch ausreichend ernähren können. Im Nahen Osten starren wir auf die Gräueltaten des Islamischen Staates, erwägen das Für und Wider von Waffenlieferungen und haben doch keine Vorstellung mehr davon, was es bedeutet, wenn dort bald 12 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Allein im Libanon sind heute 1,2 Mio. registrierte, geschätzt bald 2 Mio. Flüchtlinge zu versorgen. Jeder dritte Bewohner des kleinen Landes ist ein Flüchtling.

Und der Bericht der Bundesregierung lässt auch daran keinen Zweifel: das Elend der Welt ist längst so groß, dass es durch Hilfe nicht eigentlich mehr gemildert werden kann. Auf dramatische Weise übersteigt der Versorgungs-

bedarf heute die weltweit zur Verfügung stehenden Mittel. Selbst die großen UN-Hilfswerke sind inzwischen überfordert. Die ungebremsete Krisendynamik der letzten Jahre hat das internationale humanitäre System gesprengt. Das Bemühen der Politik, über zupackende humanitäre Hilfe vom eigenen Scheitern abzulenken, steht vor dem Aus.

Unter solchen Umständen nimmt es nicht wunder, wenn die Idee aufkommt, dass sich Menschen selbst schützen und bereits im Vorfeld von eintretenden Katastrophen eigene Bewältigungskapazitäten aufbauen sollen. So vernünftig das scheint, gibt es dennoch zu denken, dass in all den „Disaster Preparedness“- Ansätzen und „Resilienz“-Förderprogrammen immer auch ein furchtbares Eingeständnis mitschwingt: das Eingeständnis, dass Krisen und Unsicherheit künftig nicht mehr die Ausnahme sein werden, sondern die Regel. Sich auf kommende Katastrophen vorzubereiten, bedeutet eben auch, dass sich Klimawandel, Kriege und Ernährungskrisen als „Business as usual“ fortsetzen können.

Agrobusiness verhindert lokale Schutzmöglichkeiten

Wie aber sollen die Hungernden im Sahel lokale Schutzmöglichkeiten aufbauen, wenn die globalen Verhältnisse genau diese immer wieder zunichtemachen? Wie kann jene kleinbäuerliche Landwirtschaft bewahrt und ausgebaut werden, die in einkommensarmen Ländern bekanntlich der beste Schutz gegen Ernährungsunsicherheit ist, wenn eben die Kleinbauern dem weltweiten Agrobusiness im Wege stehen? Und die Agrarlobby hat mächtige Verbündete, zum Beispiel die G7/8-Staaten, die auf ihrem Gipfel vor drei Jahren die Förderung der industrialisierten Landwirtschaft beschlossen haben.

Auf dem kommenden G7-Gipfel im bayerischen Elmau will sich Deutschland für den Aufbau schützender Gesundheitssysteme stark machen. Wie aber können die entstehen, wenn parallel die fiskalischen Möglichkeiten der Länder im Süden im Zuge machtpolitisch durchgesetzter Freihandelsabkommen immer geringer werden? Solange „Disaster Preparedness“ nicht mit der politischen Regulierung von zentralen Handels- und Eigentumsfragen einhergeht, wird auch alles Bemühen um Katastrophenvorsorge notwendig scheitern.

Zum Skandal der heutigen Verhältnisse gehöre eine fast komplette Abwesenheit von „political accountability“, befand 2009 die Stiglitz-Kommission in ihrem Bericht an die Vereinten Nationen. Verantwortlich fühlt sich die heutige Politik bestenfalls noch gegenüber den Vorgaben der Ökonomie, nicht aber mehr gegenüber den sozialen Bedürfnissen und Rechtsansprüchen von Menschen. Die Härte, die aus solcher Verantwortungslosigkeit resultiert, zeigt sich im gegenwärtigen Umgang der Europäischen Union mit Griechenland. Schulden ließen sich nicht abwählen, so der hämische Kommentar in Reihen deutscher Regierungsparteien, die neue Athener Regierung müsse lernen, dass Politik nicht anders als eine „schmerzliche Begegnung mit der Realität“ sei. Wer sich dem Fluch dieser Realität dennoch entgegenstemmt, wer die Forderung nach Accountability ernst nimmt, muss damit rechnen, als „Geistfahrer“ verunglimpft zu werden.

Humanismus und Aufklärung seien tot, meint Michel Houellebecq, dessen neuer Roman „Die Unterwerfung“ gerade Furore macht. Der politische Zyklus, der mit der Französischen Revolution begann, neige sich, so Houellebecq, dem Ende zu. Immer deutlicher werde, dass Freiheit und Gleichheit, die großen Versprechen der Moderne, unerfüllt bleiben. Die Ideen der Aufklärung würden in einer erneuten Hinwen-

derung zu Religion erlöschen. Die Verzweiflung, die aus solchen Sätzen spricht, ist keine Pose, und tatsächlich unternimmt die gegenwärtige Politik alles, damit Houellebecq recht behält. Sie lässt es zu, dass die soziale Ungleichheit auf dramatische Weise wächst und sorgt dafür, dass das Freiheitsideal zum Egoismus der einen und faktischer Vogelfreiheit der anderen verkümmert. Aber gab es beim Sturm auf die Bastille nicht noch eine dritte Forderung? Gab es neben Freiheit und Gleichheit nicht auch die Forderung nach solidarischer Gesellschaftlichkeit, nach Fraternité?

Solidarität braucht politische Gestaltung

Die Ideen der Französischen Revolution sind heute vor allem deshalb so bedroht, weil die Sache mit der Solidarität nie so recht ernst genommen wurde. Vielen galt die Idee eines sozialen Zusammenhalts mehr als ein emotionales Beiwerk, das vielleicht gut für erbauliche Sonntagsreden ist, aber ansonsten ohne jede Bedeutung. Übersehen wurde dabei, dass gerade die Forderung nach solidarisch verfasster Gesellschaftlichkeit auf politische Gestaltung drängt. Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben sind soziale Institutionen, die nicht zuletzt über politische Regulierung und materielle Umverteilung dafür sorgen, dass auch die anderen Ideale, dass Freiheit und Gleichheit nicht ins Leere fallen und sich nicht fundamentalistische und/oder rechtspopulistische Bewegungen des zutiefst menschlichen Bedürfnisses nach Gemeinschaft bemächtigen können.

Und so harrt die Gesellschaft der Citoyen, die weder eine von oben übergestülpte „Versorgungsdiktatur“ noch nur den wehrhaften Schutz privater Besitztümer und Privilegien zum Ziel hat, noch immer ihrer Verwirklichung. Sie erfordert nicht die Zurückweisung von ge-

sellschaftlichen Institutionen, sondern deren radikal-demokratische Aneignung.

„Unser Schuldbuch sei vernichtet! ausgesöhnt die ganze Welt!“ – Es ist höchste Zeit, Schillers Worte aus der „Ode an die Freude“, wenige Jahre vor der Französischen Revolution geschrieben, nicht nur gefühlstrunken zu deklamieren, sondern zu einer nüchternen Realität werden zu lassen.



Nach der B

Syrien/Kurdistan: Kobanê

Rückkehr zum Unterricht trotz fehlender Tische und Stühle. Weil die alte Schule wie die allermeisten öffentlichen Einrichtungen im Häuserkrieg zerstört wurde, wird eine Lagerhalle zum vorübergehenden Klassenzimmer.

efreiung

Stunde Null



Ein demokratisches Experiment wurde verteidigt: In Kobanê beginnt der Wiederaufbau

Von Martin Glasenapp

Die Nacht ist kalt und sternenklar. Auf dem dunklen Feld ist schemenhaft eine Erhebung zu sehen. Dort beginnt der Bahndamm, der jahrzehntelang unüberwindbar schien. Neben den Gleisen flackert eine Feuerstelle. Schatten sind zu sehen, sie lachen und rufen. Wir sind in Kobanê angekommen. Hier verläuft die Grenze zwischen zwei Staaten, die die Siegermächte des Ersten Weltkriegs aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches heraus schnitten. Im Vertrag von Lausanne wurde im Jahr 1923 die Südseite der Eisenbahntrasse zwischen den syrischen Städten Jarablus im Westen und Qamisli im Osten als Grenze zwischen der Türkei und Syrien festgelegt. Für die kurdische Bevölkerung in dieser Region war das Streckengleis ein Ärgernis, ein feindlicher Eingriff kolonialer Mächte. Kaum jemand sagte, dass er in der Türkei oder in Syrien lebte, sondern die Familien lebten allenfalls „links oder rechts vom Gleis“ und nicht selten auf beiden Seiten gleichzeitig. Die Grenze aber blieb verschlossen. Bis vor einigen Jahren der arabische Frühling auch Syrien ergriff und das gesellschaftliche Aufbegehren vom Regime Bashar al-Assad mit blutiger Gewalt beantwortet wurde. Der Bürgerkrieg begann. Den Kurden in Syrien öffnete er ein Fenster zu einer lang ersehnten Autonomie. Weil sie jede religiöse Anrufung verwarfen und auf einem eigenen Weg der demokratischen Differenz beharrten, wurden sie zur Zielscheibe der internationalen Dschihadisten, die mit Duldung der türkischen Regierung nach Syrien strömten. Die poröse Grenze wurde auf einmal zur Bedrohung, zumal sie nur in eine

Richtung offen ist. Bis heute können Kurden aus Angst vor Festnahmen oder Schüssen durch türkische Grenzbeamte nur bei Nacht und unter Lebensgefahr den messerscharfen Drahtverhau überwinden.

Schritte ins Neue

Auf der anderen Seite des Zauns angekommen, treffen wir als erstes auf Wachposten der kurdischen YPG/YPJ-Selbstverteidigungskräfte. Die Gruppe der Ankommenden verteilt sich auf ein paar Pick-ups und Kleinbusse, die hier auf uns warten. In der Reisegruppe sind Jugendliche aus den kurdischen Gebieten in der Türkei, die nach Kobanê kommen, um sich dem Kampf gegen die Milizen des „Islamischen Staat“ (IS) anzuschließen. Dabei sind aber auch zwei junge Anarchisten, sie kommen aus Istanbul, erkennbar an ihren Kapuzenpullovern und Ohringen mit schwarz-roten Sternen. Murat, der sich als „Anarchist“ vorstellt, spricht über Kropotkin, „Volkskommunen in Rojava“ und grenzüberschreitende Solidarität. Eine surreal anmutende Szene angesichts des Umstands, dass nur fünf Kilometer entfernt die andere und sehr tödliche „Internationale“ der IS-Kämpfer lauert. Dabei ist auch Izminaz, eine junge türkischstämmige Journalistin einer Nachrichtenagentur, die eine Reportage über Gruppen der türkischen Linken machen will, die in Kobanê den Widerstand unterstützen. „Rojava ist auch für uns, die Generation des Gezi-Parks, ein Ort neuer Möglichkeiten“, sagt die 27-Jährige.

Langsam nähert sich die Wagenkolonne der Stadt von östlicher Seite, die Scheinwerfer werden ausgestellt. Hier beginnt das Viertel Kaniya Kurda, in dem noch vor wenigen Tagen heftige Kämpfe stattfanden. Selbst im Dunkeln wird schnell deutlich: Kobanê ist eine weitgehend zerstörte Stadt. Nirgendwo brennt Licht und erst nach einer zwanzigminütigen Fahrt sehen wir erstmals Häuser, die einigermaßen intakt wirken. Am nächsten Tag erschließt sich die Dramatik der Situation vollends. Gemeinsam mit der lokalen medico-Mitarbeiterin Ruşen machen wir einen Rundgang durch die Stadt. Ein süßlich fauliger Geruch liegt in der Luft. Wir gehen durch vom Regen aufgeweichte Straßen und durchqueren ein Geschäfts- und Verwaltungsviertel östlich vom Freiheitsplatz von Kobanê, auf dessen Rondell die Statue des kurdischen Adlers wie ein Wunder alle Kämpfe überstanden hat. Den Straßenrand säumen zerschossene Schaufenster und aufgebrochene Läden. Schaufensterpuppen liegen auf der Straße, verschlammte Schuhe, in den Geschäften hängen noch Kleider auf der Stange. Am Ende der Einkaufsstraße öffnet sich ein Panorama der Zerstörung.

In Kaniya Kurda wird die große Querstraße von einem tiefen Krater gespalten. Die mehrstöckigen Häuser sind bis auf die Außenmauern skelettiert, die Betonplatten der Etagen zerborsten. Alle Gebäude im Sichtfeld sind zusammengefallen. Geröllberge, zerbeulte Autos, Hausrat. Und wieder dieser süßliche Geruch, der jetzt stärker wird. Neben dem Krater aus roter Erde streunt ein Hund, zwei Hühner gackern. Ein schwarzer Haufen ist zu sehen. Verdreckte Kleidung und ein kleiner Fuß. Dann ein Haarschopf. Wenige Schritte weiter liegen zwei Männer, beide im Zustand erster Verwesung. Sie tragen die Kampfinsignien des IS: lange Bärte und Haare, schwarze Stirnbänder und Jacken. Kani zeigt auf das kleine Bündel mit dem Haarschopf am Kraterand.

„Daesh“, wie die Kurden den IS nennen, setze auch Kinder ein. Eine der Männerleichen stammt aus Afrika. „Vielleicht von Boko Haram?“, Kani lacht bitter. Der 48 Jahre alte Kurde, dessen Schnauzbart schon ergraut ist, hat den ganzen Krieg in Kobanê verbracht. Drei seiner Töchter sind bei den Fraueneinheiten der YPG, seine drei jüngsten Kinder sind mit seiner Frau in ein Flüchtlingslager im türkischen Suruç geflohen. „Meine drei großen Mädchen haben bis zum Kriegsbeginn alle studiert“, betont Kani. Unter Bashar al-Assad saß er drei Jahre im Gefängnis, weil er mit einer Piratensender kurdische Musik verbreitet hatte. Studieren konnte er nicht. Er wurde Elektriker. „Aber als der Kanton Kobanê im Frühjahr 2013 gegründet wurde, kamen meine Töchter aus Aleppo und Damaskus zurück und schlossen sich den kurdischen Einheiten an“, sagt Kani.

Trotz der Zerstörung und allgegenwärtiger Spuren der Grausamkeit des IS liegt eine seltsame Freude über der Stadt. Wir treffen Gruppen von zumeist jungen Männern, aber auch viele Frauen. Fast alle sind bewaffnet und es ist auffällig, wie gelöst, fast heiter sie wirken. Kobanê liegt in Trümmern. Die jungen Kurden und Kurdinnen aber fühlen sich als Sieger in einer Schlacht, die ihre eingekesselte Stadt, die im isoliertesten und ärmsten der drei kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien liegt, zum weltweiten Symbol des Widerstands gegen den IS machte.

Verwaltung mit dem Telefon

Im letzten Hospital der Stadt herrscht permanente Anspannung. Es liegt in einem alten Lagerkomplex und wurde ausgewählt, weil ausreichend Kellerräume zur Verfügung standen. Die drei Krankenhäuser des Vorkriegs-Kobanê hat der IS zerstört und vollständig geplündert. Die große Poliklinik am Rande der Stadt ist nur noch eine ausgebombte Ruine. In den Trüm-

mern liegt auch die Blutbank, die medico auf Wunsch der lokalen Ärztekommision im Sommer letzten Jahres lieferte. Im Hof steht der Krankenwagen, den medico nach langer Blockade der türkischen Behörden Anfang Februar 2015 endlich in die Stadt schicken konnte. Er hat bereits mehrere Einsätze hinter sich und konnte verletzte Zivilisten, die am Rande der Stadt von Streumunition verletzt worden waren, ins rettende Kellerkrankenhaus transportieren. In der Ecke knattert ein Generator. Strom gibt es schon seit über einem Jahr nicht mehr.

Einige Ärzte sitzen im Hof und rauchen. Alle sind völlig übernächtigt. „Unsere Ärzte arbeiteten hier seit Beginn des Krieges rund um die Uhr. Tatsächlich waren wir zwischenzeitlich nur sechs Kollegen und zehn Krankenschwestern, um alle Verletzten zu versorgen“, sagt Dr. Nassan Ahmed, der zugleich der Gesundheitsminister des Kantons ist. „Unser Medikamentenlager war ausgebombt, wir hatten nur minimale chirurgische Instrumente und gingen wirklich an die Grenzen unserer Möglichkeiten“, berichtet der Mitvierziger, der auch während des Gesprächs immer wieder aufs Smartphone guckt und Anrufe entgegennimmt. Denn die Stadt wird allein mit dem Telefon regiert. Schreibtische und Büros gibt es nicht mehr. Nicht nur die Krankenhäuser sind zerstört und 80 Prozent aller Wohnhäuser, auch alle Verwaltungsgebäude liegen in Trümmern. Dr. Nassan denkt dennoch bereits an die Zukunft: „Es geht um die sichtbaren Kriegsschäden, aber auch um die elementarsten Dinge des Lebens. Ist das Wasser in unseren Brunnen kontaminiert? Wie können wir die Gesundheitsversorgung wieder herstellen und wie können wir von einer Kriegssituation in eine Phase der Rücksiedlung übergehen?“ Dem engagierten Arzt ist die Heimkehr der Flüchtlinge besonders wichtig: „Wir haben hier in Kobanê eine für Syrien außergewöhnliche Chance. Unsere Stadt mag zerstört sein, aber unsere sozialen Beziehun-

gen sind intakt. Unsere Flüchtlinge warten auf der anderen Seite der Grenze nur auf den Tag ihrer Rückkehr. Ihre Häuser sind nicht mehr da, aber unsere Idee eines demokratischen Miteinanders, dass alle, ob Kurden oder Araber, unabhängig von ihrer Konfession zusammen leben können, hat überlebt.“ Auch deshalb sei die Hilfe für den Wiederaufbau so wichtig: denn niemand könne „auf Dauer in Ruinen leben“.

Das weite Feld

Wir fahren Richtung Grenze, im Westen der Stadt. Ein Feld erstreckt sich bis zum Bahndamm. Kleine Obstplantagen säumen den Wegesrand. Wir erreichen das frühere Niemandsland zwischen der türkischen und syrischen Grenze. Der alte Pick-up rumpelt einen Feldweg entlang und hält an einem militärischen Feldposten. Es ist 9.00 morgens in Kobanê und der Apotheker Menaf Kitkani beginnt mit zwei Mitarbeitern seine Runde mit der mobilen Apotheke des kurdischen roten Halbmondes, Heyva Sor. Auf der Ladefläche sind Kisten mit verschiedenen Medikamenten gestapelt. Gegen Asthma, Erkältungskrankheiten, Bluthochdruck, Zahnschmerzen, Nierenentzündungen, dazu Babynahrung und Windeln. An manchen Kisten klebt ein medico-Aufkleber. In 500 Metern Entfernung sind unzählige Fahrzeuge zu sehen. Mähdrescher, Traktoren mit Hängern, offene Kleinlaster und PKWs. Hier campieren die Bauern aus dem Umland der Stadt. Zurzeit sind es etwa 1.000 Personen, unter ihnen viele Männer, aber auch Familien mit ihren Kindern. Sie alle sind vor dem IS-Terror geflohen. Hassan Ibrahim ist seit drei Monaten hier. Der 30-jährige Bauer floh mit seinem Traktor aus einem kleinen Weiler westlich von Kobanê. Er trägt eine braune Kunstlederjacke und eine abgetragene Jeans. „Wir konnten nur uns selbst retten und mussten unsere Tiere zurücklassen.“ Seine Frau und



Fotograf: Lorenzo Meloni

36 Stunden nach der Befreiung: Das Basarviertel von Kobanê liegt in Trümmern und in den zerstörten Geschäften lauern tödliche Sprengfallen.



Warten auf den nächsten Verletzten. Notfallmedizin im einzig verbliebenen Krankenhaus der Stadt.

vier Kinder seien im türkischen Suruç, gleich hinter der Grenze. Heute holt er sich ein Medikament gegen Nierenschmerzen, aber alles sei letztlich unerheblich, solange er und seine Familie in ihr Dorf zurückkehren können. „Meine Frau fragt fast jeden Tag, wann sie kommen können. Sie will nicht in der Türkei bleiben.“ Ein älterer Mann, der sich auf einen Stock stützt, nähert sich der mobilen Apotheke und lässt sich ein Rheumamittel geben. Er heißt Mushin Ali und ist 57 Jahre alt. Als er zu sprechen beginnt, rollen ihm die Tränen in seinen grauen Bart: „Sie haben meine Familie verschleppt. Meine Frau, meine drei kleinen Mädchen und meinen Sohn hat der IS entführt.“ Es geschah im Dorf Borazi, das im Südwesten des Kantons Kobanê liegt. Viele der 200 Familien aus Borazi hätten fliehen können, aber einige Männer seien getötet und besonders Frauen und Kinder gefangen genommen worden. „Seit fünf Monaten habe ich von meinen Liebsten nichts mehr gehört. Ich weiß nicht, wo sie sind und ob sie noch leben.“ Mushin Ali kann sein Schluchzen nicht mehr unterdrücken, weinend wendet er sich ab und verschwindet hinter den Zelten.

Erste Zukunftspläne

Die kurdische Verwaltung will in naher Zukunft auf den grenznahen Feldern vor der Stadt eine provisorische Flüchtlingsstadt bauen. Alle Flüchtlinge sollen zurückkommen können und von dort aus in Versammlungen mit einer ausdrücklichen Frauenquote debattieren und beschließen, wie ihre Stadt wieder aufgebaut werden kann. Ist es möglich inmitten des Elends nach Prinzipien der Basisdemokratie über den Aufbau eines kriegszerstörten Gemeinwesens zu entscheiden? Enver Muslim, der Ministerpräsident des Kantons, der an keinem Tag des Krieges seine Stadt verlassen hat, ist jedenfalls fest davon überzeugt. Wir treffen ihn in einer Wohnung, die er mit anderen provisorisch bezogen

hat, da auch sein Haus nur noch ein Trümmerhaufen ist. Der 47-jährige frühere Anwalt und Menschenrechtsaktivist glaubt unerschütterlich an eine kurdische Zukunft in Syrien und, das ist ihm besonders wichtig, auch an ein demokratisches Syrien. „Nein, wir sind keine Separatisten“, weist er den Vorwurf des kurdischen Sonderweges zurück. „Natürlich ist Kobanê für die kurdische Idee jetzt ein besonderer Ort geworden. Hier sind Kurden aus allen Teilen Kurdistans, aus der Türkei, aus dem Iran und dem Irak. Aber wir wollen Syrien nicht verlassen, sondern verstehen unser Modell der Selbstverwaltung als ein Angebot an andere Regionen des Landes.“ Dann spricht er über das Ende der alten Kolonialgrenzen, über autoritäre Zentralstaaten und das Ende des syrischen Baath-Regimes. „Bashar al-Assad wird bleiben und ist zugleich schon Geschichte“, erklärt er. „Der Westen muss verstehen, dass das Regime für bestimmte Bevölkerungsgruppen eine Sicherheitsgarantie bietet. Ohne ein tatsächliches innersyrisches Angebot an alle Bürger wird es dafür keine Lösung geben. Wir haben unsere christlichen Bürger in Rojava letztlich überzeugen können zu bleiben, indem wir als allererstes ihre religiösen Stätten vor den Terroristen geschützt haben.“

Enver Muslim ist aber auch Realist genug, um zu wissen, dass ein demokratisches Syrien noch in weiter Ferne ist. Daher geht es jetzt um die Sicherung des Erreichten. Kobanê muss aufgeräumt werden. Dafür aber sind Kräne und schweres Baugerät notwendig, das nur über die Türkei eingeführt werden kann. Auch deshalb drängt die Kantonsverwaltung mit allem Nachdruck auf einen humanitären Korridor in die befreite Stadt. Der aber steht noch aus. Die Türkei und ihr allmächtiger Staatspräsident Tayyip Erdogan hält bislang die Grenzen dicht. Aus machtpolitischen Gründen möchte der „Große Meister“, wie ihn seine Anhänger nennen, ein kurdisches Demokratielabor jenseits seiner Grenze verhindern.



**Brotverteilung an
jezidische Flüchtlinge
im Camp Newroz.**

BEISTAND INMITTEN DER GEWALT

Die medico-Projekte in Syrien

Laut dem „Kobanê Reconstruction Board“ waren Ende Januar 2015 bereits wieder 25.000 Menschen in die zerstörte Stadt zurückgekehrt. Täglich kommen 500 bis 1.500 Flüchtlinge hinzu. medico wird die im Krieg zerstörte Blutbank erneuern und mit Verbrauchsmaterial für sechs Monate ausstatten. Zusätzlich stellen wir dem Krankenhaus ein dringend benötigtes Sauerstoffsystem zur Verfügung.

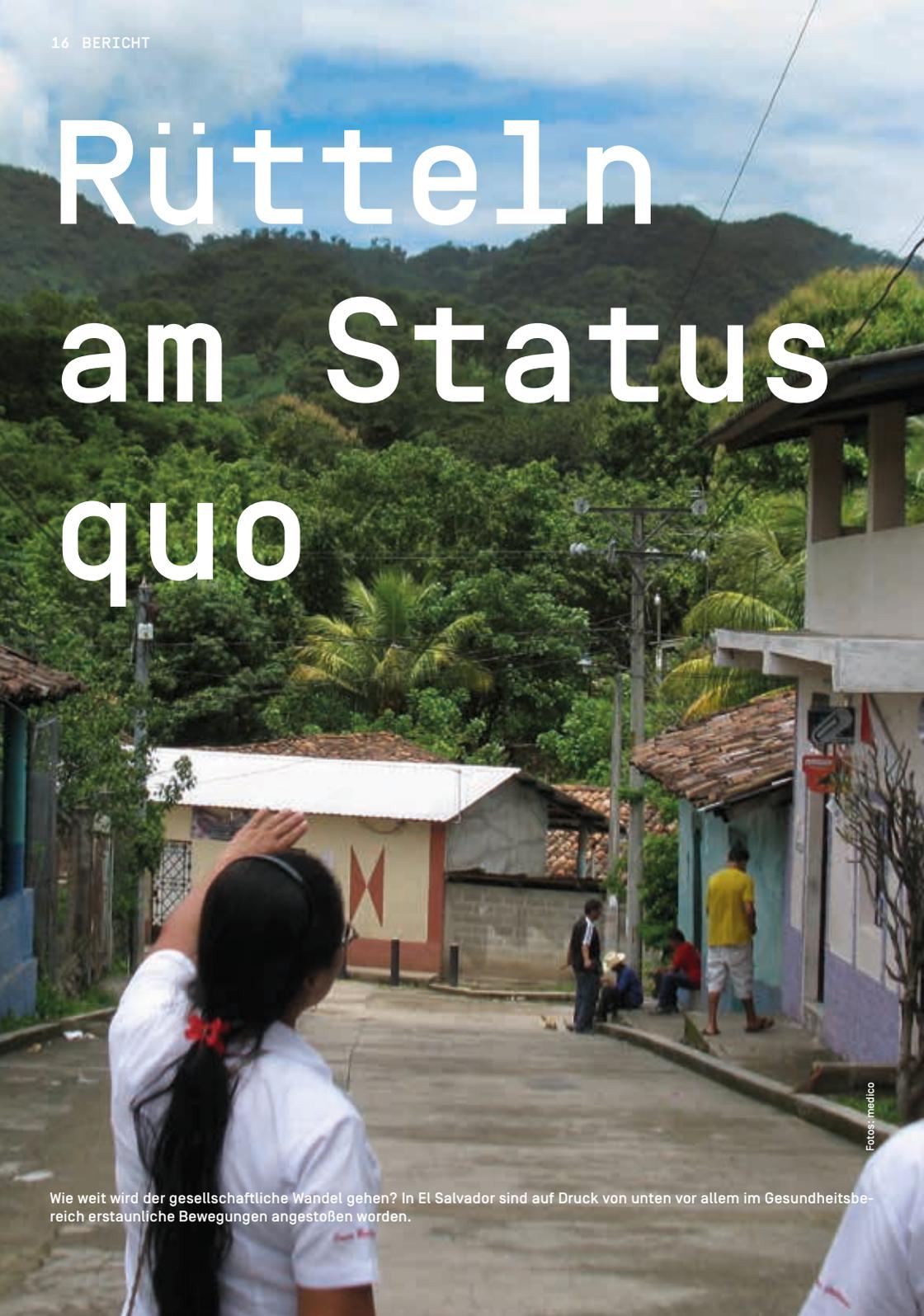
Im kurdischen Nachbarkanton Cizîrê leben weiter 6.000 Angehörige der jezidischen Volksgruppe im Camp Newroz nahe der Stadt Dêrik. Alle entkamen im Herbst letzten Jahres der Hölle auf dem Schingal-Berg, als Einheiten des IS ihre Dörfer einnahmen, Männer abschlachteten und Frauen entführten. Das Flüchtlingslager ist weitgehend von der internationalen Hilfe abgeschnitten, auch die nahe Grenze zur Türkei öffnet sich nur sporadisch. medico wird die Flüchtlinge mit dringend benötigten Lebensmittelpaketen versorgen.

Für weite Gebiete Syriens sieht hingegen die Zukunft düster aus. Die Doktrin der syrischen Staatsführung war immer eine der Ausdauer: Hart bleiben, wie groß auch die Verdammung seitens des Rests der Welt und wie schrecklich die Szenarien auch sein mögen. Wenn die Städte zerstört werden, dann werden sie eben zerstört. Wenn Millionen Staatsbürger fliehen, dann fliehen sie eben. Das zeigt sich auch in Erbin, einer Stadt mit 40.000 Einwohnern am Rande von Damaskus. Im Jahr 2014 kam es durch Bombardierungen zu über 1.000 Toten. medico unterstützt hier weiterhin vier Schulprojekte mit 2.000 Schülerinnen und Schülern. Sie arbeiten weiter, auch wenn lokale religiöse Milizen Mitarbeiter des Schulkomitees kurzzeitig verschleppen und verhören.

medico fördert alle Partner in Syrien allein aus Spendenmitteln. Kobanê, diese Enklave der Vernunft inmitten einer mäandernden Gewalt, ist auf politischen Beistand und direkte Hilfe von außen angewiesen. Syrien braucht eine Demokratiehilfe von unten, die mithilft die Spirale aus konfessionalisierter Barbarei zu durchbrechen. Denn ein neues Land kann es nur für alle geben. Darum aber geht es.

Spendenstichwort: Syrien

Rütteln am Status quo



Fotos: medico

Wie weit wird der gesellschaftliche Wandel gehen? In El Salvador sind auf Druck von unten vor allem im Gesundheitsbereich erstaunliche Bewegungen angestoßen worden.

El Salvador: Allianz aus linker Regierung und traditionsreicher sozialer Bewegung will das Recht auf Gesundheit verwirklichen

Von Dieter Müller

„Einige Ärzte und Krankenschwestern fürchten uns, weil wir ihnen auf die Finger schauen, mit den Leuten sprechen und das neue System betreuen, das Patientinnen und Patienten ermöglicht, anonym Beschwerden, Anregungen, aber auch Lob vorzutragen“, erzählt Inés vom lokalen Gesundheitskomitee des Foro Nacional de Salud (Nationales Gesundheitsforum; FNS) bei einer Versammlung von Gemeindeaktivistinnen und -aktivisten in der verschlafenen Kleinstadt Nueva Granada. Zwar gebe es noch Klagen, dass das medizinische Personal den Menschen vom Land nicht mit Respekt begegnet oder die Qualität der Sprechstunden unzureichend sind. Aber genau deshalb sei das lokale Gesundheitskomitee des FNS als Anlaufstelle geschaffen worden und sind Aktivistinnen wie Inés fortgebildet worden. Die in den lokalen Gesundheitszentren gesammelten Beobachtungen werden monatlich mit den Verantwortlichen des Gesundheitsministeriums ausgewertet. „Unsere Arbeit der ‚controlaría social‘ ist enorm wichtig, um die Errungenschaften im Gesundheitsbereich zu vertiefen und verstetigen“, so Inés. Was sie damit meint? „Wir müssen auch dem Bürgermeister weiter Druck machen, damit die Missstände in der Wasserversorgung und der Abfallbeseitigung abgestellt werden, denn sonst werden unsere Kinder immer wieder krank.“

Aus diesen Worten spricht ein neues Selbstbewusstsein. Ein Selbstbewusstsein, das in langen Kämpfen und angesichts jüngster Erfolge

gewachsen ist. Das Nationale Gesundheitsforum, seit 2011 Projektpartner von medico, ist im Zuge der Gesundheitsreform von 2010 eingeführt worden. Im Forum sind alle relevanten gesundheitspolitischen Instanzen der Zivilgesellschaft und Akteure des staatlichen Gesundheitswesens vertreten. Es geht um Bürgerbeteiligung und Mitgestaltung, vom Dorf über die Provinz bis zur nationalen Ebene, sowie um Dialog und Konzeptentwicklung. Inés und ihre Kolleginnen aus Nueva Granada sind Teil dieser Instanz, die so keineswegs zum Standardrepertoire der progressiven Regierungen Lateinamerikas gehört. Undenkbar wäre es etwa im benachbarten Nicaragua, wo die Gesundheitsreform der sandinistischen Revolutionsregierung in den 1980er Jahren international Anerkennung fand. Aber das ist lange her – und längst haben sich auch viele linke Regierungen Lateinamerikas fragwürdigen expansiven Entwicklungsmodellen verschrieben. El Salvador bildet da eine Ausnahme.

Das Land als Beute

Über Jahrzehnte war die Mehrheit der salvadorianischen Bevölkerung auf dem Land und in den Armenvierteln der Städte von dem Recht auf Gesundheit ausgeschlossen. Es gab weder ärztliches Personal noch Medikamente. Und es mangelte an vielem, was für ein Leben in Würde und Gesundheit notwendig ist, vom Zugang zu

Wasser und Bildung über Wohnungen bis zu Erwerbsmöglichkeiten. In den 1970er Jahren mündete die soziale Ausgrenzung und politische Unterdrückung in ein Erstarken der Volksorganisationen und später auch des politisch-militärischen Widerstands durch Guerillaorganisationen, die sich in der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zusammenschlossen hatten. Schon damals entstanden, von medico unterstützt, erste autonom organisierte Basisgesundheitsstrukturen. Doch in den vergangenen 20 Jahren setzten wechselnde Regierungen der rechtsextremen Nationalistisch-Republikanischen Allianz (ARENA) einen neoliberalen Sozialabbau durch, der mit einer Demontage der öffentlichen Gesundheitsversorgung einherging. Ein Privatisierungsprojekt folgte dem nächsten – und immer bereicherte sich die politische Klasse. So waren fast alle ARENA-Präsidenten entweder Besitzer von pharmazeutischen Unternehmen oder hielten Anteile. Eine der Folgen: Die Preise für Medikamente in El Salvador gehörten weltweit zu den höchsten. Doch statt auf erheblich günstigere Produkte von internationalen Anbietern auszuweichen, orderte das öffentliche Gesundheitswesen ergeben bei den inländischen Unternehmen. 2007 kam es denn auch zu einer massiven Versorgungskrise, als mit dem bewilligten Budget nur die Hälfte der benötigten Medikamente gekauft werden konnte.

Doch je offensichtlicher die Mächtigen das Land als Beute behandelten, desto stärker wurde der Widerstand. 2002 gründete sich die Allianz gegen die Privatisierung der Gesundheit (Alianza contra la privatización de la salud, ACCPS). In ihr kamen Nichtregierungsorganisationen und engagierte Ärzte und Gesundheitsarbeiterinnen aus Praxis und Hochschule zusammen, die sich bereits während des Bürgerkrieges und im Rahmen der Wiederansiedlungen nach dem Friedensabkommen von 1992 für die Förderung alternativer, basismedizinischer

Dienste eingesetzt hatten. Die Gründung dieser Allianz war Ausdruck und Motor eines neuen Aufbegehrens. Ärztevereinigungen und Gewerkschaften riefen zu Streiks auf und organisierten gemeinsam mit Volksorganisationen und der ACCPS neun „Weiße Märsche“. Bis zu 200.000 Menschen demonstrierten gegen den Ausverkauf der Gesundheit. Trotz manches Teilerfolges aber konnte dies der neoliberalen Politik nicht wirklich Einhalt gebieten. So führte der Protest etwa zur Verabschiedung des Dekrets 1024, in dem Gesundheit als öffentliches Gut festgeschrieben und Privatisierungen ausgeschlossen wurde. Doch drei Monate später war das Dekret wieder einkassiert.

Protest und Interventionen

Solche Rückschläge hielten die zivilgesellschaftliche Bewegung jedoch nicht davon ab, sowohl den Protest als auch den legislativen und juristischen Kampf fortzusetzen. Schon 2002 wurde dem Parlament der Entwurf für ein neues Medikamentengesetz vorgelegt, 2005 wurden Vorgaben für ein Gesetz zur Einführung eines Einheitlichen Nationalen Gesundheitssystems erarbeitet, 2007 reichte die ACCPS vor dem Obersten Gerichtshof Klage gegen den Direktor des Sozialversicherungsinstituts ein, wegen Unterversorgung mit Medikamenten und medizinischem Bedarfsmaterial. 2008 forderte sie eine umfassende Untersuchung zum Verbleib des Kredits der Weltbank für einen Krankenhausneubau, der in dubiosen Kanälen versickert war. Früchte trägt der Druck seit 2009, als die FMLN erstmals die Parlaments- und die Präsidentenwahlen gewann. Mit dem Amtsantritt der Regierung Funes entstand eine starke Allianz zwischen Gesundheitsministerium und zivilgesellschaftlicher Bewegung. Diese mündete in die 2010 verabschiedete Gesundheitsreform, die auf einen tiefgreifenden Wandel zielt: Erstmals wird der primären Gesundheitsversorgung

und einer Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung zentrale Bedeutung beigemessen. Hierbei geht es nicht nur darum, Gesundheitsdienste zu den Menschen zu bringen. Vielmehr wird ihre aktive Beteiligung gefördert – wie in den beschriebenen lokalen Gesundheitszentren.

Letztlich steht die neue Allianz dafür, Gesundheit als ein Menschenrecht anzuerkennen, für dessen Gewährleistung der Staat verantwortlich ist. Nur so ist es zu erklären, dass trotz massiver Einflussnahme von Pharmalobby, Unternehmerverband und ARENA ein progressives Medikamentengesetz verabschiedet und eine Regulierungsbehörde gegründet wurde. Als großen Erfolg bezeichnet Gesundheitsministerin Violeta Menjivar, dass 2014 rund 80 Prozent des Bedarfs an Medikamenten, medizinischem Bedarfsmaterial und Impfstoffen für das öffentliche Gesundheitswesen gesichert werden konnte. Doch die Ziele sind höher gesteckt: „Für uns ist das auch ein Signal, dass wir weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um das Recht auf Gesundheit vollumfänglich zu gewährleisten“, so Mejivar. Ein Hindernis sind die beschränkten Haushaltsmittel. Folgerichtig fordert der medico-Partner ACCPS eine Steuerreform, die vor allem die Reichen im Land adressiert, deren fiskalischer Beitrag bislang lächerlich ist. Hier zeigt sich die grundsätzliche Konstellation im heutigen El Salvador: Eine progressive Regierung kann sich auf ein in langen Kämpfen gewachsenes zivilgesellschaftliches Netzwerk stützen. Dieses trägt dafür Sorge, dass der angestrebte Politikwechsel umgesetzt wird. All dies angesichts von tradierten Machtverhältnissen. „Auch wenn die FMLN nun die Regierung stellt, liegt die Macht weiterhin bei den wenigen mächtigen Familien El Salvadors“, sagt Margarita Posada, Koordinatorin des ACCPS. „Und diese haben noch immer relevante Bereiche von Wirtschaft und Justiz unter ihrer Kontrolle.“ Der Wandel hat gerade erst begonnen.



Besonders auf dem Land waren viele Menschen von jeglicher medizinischer Versorgung ausgeschlossen. Lokale Gesundheitszentren versuchen das zu ändern.

Das heutige El Salvador ist ein Beispiel für eine echte Gesundheitsreform von unten. medico unterstützt in diesem Reformprozess das zivilgesellschaftliche Netzwerk Alianza contra la privatización de la salud [ACCPS], ein 2002 gegründetes Bündnis von Nichtregierungsorganisationen und engagierten Ärzten und Gesundheitsarbeiterinnen und ein entscheidender Akteur in dem nationalen Gesundheitsforum Foro Nacional de Salud [FNS]. Gemeinsam werden lokale Gesundheitskomitees organisiert, Studien über die aktuelle Gesundheitssituation durchgeführt und Personal im Gesundheitswesen ausgebildet.

Stichwort: El Salvador

Präze- denzfall



Fotos: ECCHR

Vier für viele: Abdul Aziz Khan Yousuf Zai, Saeeda Khatoon, Muhammad Jabbar und Muhammad Hanif sind die exemplarischen Kläger im Kampf für Entschädigung gegen KiK.

Pakistan: Zwei Jahre nach dem Fabrikbrand in Karatschi klagen Überlebende gegen den Textildiscounter KiK in Deutschland

Der Raum ist voll. Über 150 Familien versammeln sich Anfang Februar 2015 in einem Konferenzsaal in Karatschi. Sie sind organisiert in der Baldia Factory Fire Affectees Association, der Selbstorganisation der Hinterbliebenen und Überlebenden des Feuers in der Textilfabrik von Ali Enterprises. In der Fabrik brach 2012 ein Feuer aus und 260 Arbeiterinnen und Arbeiter verbrannten. Der Fall sorgte für viel Aufmerksamkeit und öffentliche Empörung über die tödlichen Arbeitsbedingungen an den Werkbänken der globalen Textilindustrie. Das deutsche Unternehmen KiK, das in der Fabrik produzieren ließ, sah sich gezwungen über Entschädigungen zu verhandeln.

Zwei Jahre lang versuchten die Hinterbliebenen und Verletzten angemessene Entschädigungszahlungen von KiK zu erhalten. Die Verhandlungen verliefen zäh, doch schienen zwischenzeitlich erreichte Absprachen zunächst vielversprechend: Die Entschädigungen sollten nach Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berechnet werden und eine Einmalzahlung von KiK an die Betroffenen deren Lebensunterhalt sichern, bis der langwierige Prozess abgeschlossen wäre. Doch dann vermied das Unternehmen jede Aussage, mit welchem Anteil es sich an der zu bestimmenden Summe konkret beteiligen würde. Die Familien sollten sich also auf einen unsicheren Prozess einlassen, ohne zu wissen, wer denn schlussendlich – eigentlich: ob überhaupt jemand – die Entschädigung zahlen werde. Die Sorge war berechtigt, dass sich nach einem

aufwändigen ILO-Prozess niemand fände, der tatsächlich zahlt. Denn KiK hätte keinerlei juristische Verpflichtung zur Entschädigung. Es handelte sich – und dies wiederholen die Anwälte des Unternehmens während der Gespräche immer wieder – um freiwillige Zahlungen. Den Hinterbliebenen wurde klar: Verpflichtende Zusagen werden sie nicht erhalten. Selbst wenn sie lange genug durchhalten, würden sie am Ende womöglich mit einer geringen Summe abgespeist. Ein Almosen.

Täter gerieren sich als Gönner

In dieser Logik werden Opfer zu Bittstellern und verantwortliche Unternehmen zu Gönnern, die freiwillig genau so viel geben, wie sie für richtig halten. Diese Logik gilt es zu brechen. Die Hinterbliebenen und Verletzten sowie die Organisationen an ihrer Seite finden sich in einem ungleichen Spiel wieder. Die Unternehmen können die materielle Not der Familien nutzen und kaufen sich schlussendlich auch von moralischen Verpflichtungen frei. Dabei sind sie es, die an den menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen verdienen und diese aufrechterhalten. Sie tragen die Verantwortung. Deshalb – und wegen der zu befürchtenden Unverbindlichkeit – haben die Betroffenen entschieden, gegen den deutschen Textildiscounter zu klagen – vor einem deutschen Gericht.

Auf der Versammlung in Karatschi zeigt sich: Aus den durch das Feuer und den Verlust ihrer

Angehörigen zusammengeworfenen Familien ist eine selbstbewusste Gruppe geworden. Muhammad Jabbir, Vorsitzender der Opfervereinigung, erklärt: „Gemeinsam können wir besser für unsere Rechte kämpfen und unsere Forderungen hoffentlich durchsetzen. Wir protestieren gemeinsam und wir demonstrieren gemeinsam.“ Auch daher war es einfach, sich auf vier potenzielle Klägerinnen und Kläger zu einigen: Niemand streitet für sich alleine, allen geht es um mehr als um die eigene Familie oder den eigenen Verlust. Die vier Kläger stehen stellvertretend für alle Hinterbliebenen und Verletzten. Mit der Unterstützung durch die medico-Partner der National Trade Unions Federation NTUF und Anwältinnen und Anwälten vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) wurde die Klage Anfang März 2015 in Dortmund eingereicht. Saeeda Khatoun, die ihren Sohn in den Flammen verlor, bringt auf den Punkt, was sie und alle Kläger antreibt: „Ich möchte, dass keine Familie mehr solch einen Verlust durchstehen muss.“ Und sie formuliert ganz klar: „Ich möchte sichergehen, dass das deutsche Unternehmen zur Verantwortung gezogen wird. Es sollte in Zukunft Regelungen für die Haftung von Unternehmen geben. So eine Katastrophe darf es nie wieder geben.“

Bisher jedoch hat sich in Pakistans Textilindustrie nichts verändert. Die Katastrophe kann sich täglich wiederholen. Und es wird deutlich: Ohne Druck und rechtlich bindende Verpflichtungen wird sich auch nichts ändern. Ein Grund mehr für die Klage. medico-Partner Nasir Mansoor von der NTUF zieht eine ernüchternde Bilanz: „Es gibt keine verbesserten Arbeitsbedingungen, keine neue Gesetzgebung.“ Und mit Hinblick auf Gerichtsverfahren in Pakistan fügt er hinzu: „Es gibt noch immer keine Verurteilungen. Die Besitzer der Fabrik wurden anfangs festgenommen, sind aber mittlerweile auf Kautionsfreigabe gekommen. Der Fall liegt beim Ge-

richt.“ In Pakistan, das wissen die Familien, ist der Kampf vor Gericht langwierig und das Ergebnis unsicher. Auch der Ausgang der jetzt angestregten Klage in Deutschland ungewiss. Einen solchen Fall gab es in Deutschland noch nicht. Der Prozess kann sich mehrere Jahre hinziehen. All dies besprechen die Hinterbliebenen, niemand aber lässt sich von den Unwägbarkeiten abschrecken. Denn eines steht fest: Sie fordern Gerechtigkeit und der Fall wird Konsequenzen haben. Laut Medienberichten bereitet KiK sich bereits auf Kommenendes vor. Eine große und teure PR-Agentur soll das Image der Firma aufbessern und ihr während des Prozesses zur Seite stehen. Der Opferverband und die Klägerinnen und Kläger werden auch deshalb einen langen Atem brauchen. Und unsere Solidarität.

Hendrik Specken

Den Preis der Textilproduktion für den westlichen Markt bezahlen viele Arbeiterinnen und Arbeiter in Südasien mit ihrer Gesundheit und sogar mit ihrem Leben. Das wird nicht zuletzt an den 260 Toten und 32 Verletzten der Brandkatastrophe bei Ali Enterprises im September 2012 in Karatschi (Pakistan) klar. An den Folgen leiden die Überlebenden und Hinterbliebenen bis heute. Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und medico international haben die Betroffenen mehrfach in Pakistan getroffen und bei der Vorbereitung einer Klage gegen den deutschen Textildiscounter KiK – Hauptkunde der Fabrik – in Deutschland unterstützt. Dabei entstand auch ein Film, in dem Überlebende und Hinterbliebene berichten, wie sie den Brand erlebten und wie die Katastrophe ihr Leben veränderte.

Spendenstichwort: Südasien

medico-Kampagne

Tödliche Textilfabriken

Solidarisieren Sie sich! Gemeinsam mit Reiner Hoffmann [DGB-Vorsitzender], Detlef Wetzlar [IG Metall-Vorsitzender] und Frank Bsirske [ver.di-Vorsitzender] ruft medico zu Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern der globalisierten Textilindustrie und ihren

Familien auf: Für die Finanzierung eines Opferfonds, für die Unterstützung der Klage und für den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Bestellen Sie jetzt Flyer und Plakate, um die konkrete Unterstützung, die medico leistet, bekannt zu machen.

MACHEN SIE JETZT MIT.
www.medico.de/textil

WIR BAUEN KEINE LUFT-SCHLÖSSER,
SONDERN EIN GEWERKSCHAFTSHAUS.

WIR KLAGEN NICHT ÜBER MENSCHENRECHTS-VERLETZUNGEN,
SONDERN WIR KLAGEN GEGEN IHRE VERURSACHER.

WIR SIND NICHT NUR IN GEDANKEN BEI DEN OPFERN,
SONDERN HANDELN JETZT.

**TÖDLICHE TEXTILFABRIKEN:
HELFT EUREN GEWERKSCHAFTS-
KOLLEGINNEN UND -KOLLEGEN
MIT EINER SPENDE.**

medico International Spendenkonto (IBAN Frankfurt Südwest 802 900 000 0)
Spendenkonto-Nr. 1000

www.medico.de/textil

Kampagnenmaterial kosten-
los zu bestellen unter
www.medico.de/material

Projekte Projektionen



Foto: medico

**In den Augen der Frauen
Afghanistan: Einspruch gegen den
Machtpoker**

Der Westen verlässt Afghanistan und die Kabuler Regierung handelt mit den Taliban Konditionen ihrer Rückbindung in die gesellschaftliche Machtsphäre aus. Die Mächtigen mögen sich die Pfründe teilen, aber was bleibt für jene, die unter ihnen leiden? Als der westliche Antiterrorkrieg vor 14 Jahren Afghanistan erreichte, war „Frauenrechte schützen“ das Credo seiner Rechtfertigung. Keine Talkrunde ohne Burka-Debatte und Baupläne für Mädchenschulen. Aber noch immer werden 87 Prozent der Afghaninnen Opfer von Gewalt in der Familie. Belästigungen und Zwangsheirat sind an der Tagesordnung. Jetzt aber fordern Frauen ihre Perspektive ein: Frieden basiert auf Gerech-

tigkeit, keine Generalamnestie, Opferrechte garantieren. Die Menschenrechts- und medico-Partnerorganisation AHRDO veröffentlichte unlängst ein Dossier mit Vorschlägen: Autonomie Marktzone für Frauen, um ein eigenes Auskommen zu ermöglichen, aber auch, um längerfristig junge Mädchen vor dem „Wegverheiraten“ zu schützen. Dazu kommt das Einwirken auf Mullahs, um die religiös begründete Unterwerfung der Frau aufzuweichen. Ein Sprichwort in Afghanistan lautet: „Der Platz der Frau ist entweder das Haus ihres Mannes oder ihr Grab.“ Da sich das ändern muss, wird medico vor Ort weiter Frauen fördern: In diesem Jahr u.a. auch die Klinik von MDC, die Frauen psychosoziale Hilfe nach Gewalterfahrungen anbietet. Der Kampf geht weiter.

Spendenstichwort: Afghanistan

Zu gefährliche Gegner

Guatemala: Ein Filmfestival geht ins Exil

Der deutsche Filmtheoretiker Siegfried Kracauer sah in Filmen eine Möglichkeit, die Wirklichkeit zu „durchdringen“ – und somit zu verändern. Nichts anderes versucht das von medico geförderte Dokumentar- und Menschenrechtsfilmfestival „Muestra de Cine Internacional Memoria Verdad Justicia“ seit dem Jahr 2010. Das Festival in Guatemala-Stadt schafft einen Ort, an dem kritische Filme gesehen werden können, aber auch in öffentlichen Runden mit Regisseuren, Schauspielern und Menschenrechtsaktivisten über jene Themen diskutiert wird, die das Leben in Guatemala zuweilen zur Vorhölle werden lassen: die brutale Gangkultur, die Straflosigkeit, die Leugnung der Bürgerkriegsverbrechen. All das interessiert zuneh-

mend auch eine junge Generation, die das verordnete Schweigen nicht mehr akzeptiert. Das Festival ist mit knapp 50.000 Besuchern eine kulturelle Größe in ganz Lateinamerika geworden. Und es hat gefährliche Gegner. Bereits im ersten Jahr gab es Bombendrohungen. Zuletzt musste die Festivalleitung sich selbst zensieren, weil gerade guatemalteckische Regisseure ihres Lebens nicht mehr sicher waren, wenn sie Filme über den Krieg gegen die indigene Bevölkerung vorstellen wollten. Da das Festival unter diesen Umständen die Unversehrtheit seiner Gäste und Zuschauer nicht mehr garantieren konnte, ging es ins Exil. Eine Niederlage? Vielleicht, aber auch die Möglichkeit, die verfolgten Filme anderswo zu präsentieren. Erste Station in Europa ist Berlin vom 28.04.-02.05.2015. Infos unter: www.medico.de

Spendenstichwort: Guatemala

Einsatz auf dem Land

Südafrika: Der alltägliche Kampf gegen HIV/Aids

Die Regenbogennation am Kap der Guten Hoffnung ist ein Land der Superlative: die meisten Menschen, die mit HIV und Aids leben, das größte Behandlungsprogramm überhaupt, ein Viertel aller antiretroviraler Medikamente weltweit kommt hier zum Einsatz. Besonders ist auch, dass die Tabletten, die ein Überleben mit HIV ermöglichen, nicht nur in städtischen Ballungszentren, sondern auch in ländlichen Regionen ankommen, dort, wo die Dritte-Welt-Armut auch im neuen Südafrika noch immer nur schwarz und oftmals auch gewalttätig ist. Dabei steigt die Last der lokalen Gesundheitsarbeiterinnen unaufhörlich: mehr Infizierte, die betreut und gepflegt werden müssen, mehr Kranke, die

wegen falscher Namen nicht für die Nachsorge zu erreichen sind, mehr Kinder in Pflegefamilien. In Schulen gibt es zwar keinen Sexualunterricht, aber sehr oft werden schon junge Mädchen schwanger, nicht selten von ihren Lehrern. Der medico-Partner Sinani hat die Herausforderung Aids seit zehn Jahren angenommen und setzt auf seine Erfahrung in lokaler Gemeindeentwicklung und Konfliktmanagement, auf die Ausbildung von HIV-Selbsthilfegruppen und Gesundheitsarbeiterinnen. Zentral ist dabei die Einbindung traditioneller Respektspersonen und Gemeindeführer. Denn erst wenn Aids die alltäglichen Lebenswelten erreicht und keine Angelegenheit von TV-Aufklärungspots und überforderten Krankenhäusern bleibt, entsteht die Chance eines langsamen Sieges über das Virus.

Spendenstichwort: Südafrika

Schwarzes Loch in uns



Fotos: Lazar Semeonov

Ein Überlebender der israelischen Angriffe auf al Sheja'iyia, am Rand von Gaza-Stadt, sitzt in den Trümmern seines Hauses. Der ganze Stadtteil ist zerstört. Mehrere Familienmitglieder kamen bei dem mehrstündigen Angriff ums Leben.

Gaza nach dem Krieg. Begegnungen mit medico-Partnerinnen und Partnern

Von Katja Maurer

Zum letzten Mal war ich 2003 in Gaza. Der Übergang von Israel nach Gaza, Erez-Crossing, bestand aus einer schnell zusammen gezimmerten Wellblechbude, in der zwei junge israelische Soldatinnen saßen, die aussahen, als habe sie ein Pfadfinderausflug hierher verschlagen. Entsprechend locker waren sie drauf. Wir mussten auf einer schiefen Bank in brütender Hitze warten, bis wir dran kamen, und dann eineinhalb Kilometer durch Geröll, Sand, Staub und ein bisschen Grün laufen, bis wir zu einem Außenposten der palästinensischen Autoritäten gelangten. Die dortigen „Grenzschützer“ haben uns meiner Erinnerung nach nicht einmal kontrolliert.

Aus dem Provisorium ist eine professionelle Halle mit hohen Glaswänden, Sitzplätzen zum Warten und angenehmer Air Condition geworden. Eine Mischung aus Abflughalle und Tränenpalast. Letztere – die Grenzkontrolle der DDR an der Friedrichstraße – hatte auch ein hübsches Äußeres aus Glas. Wer wie wir eine Erlaubnis der israelischen Behörden besitzt, kommt durch und kann heute die anderthalb Kilometer auf gepflastertem und überdachtetem Weg laufen oder auch gegen Bezahlung mit einem Fußgänger-Shuttle fahren wie am Flughafen. Nur ein gravierender Unterschied besteht: Man fliegt nicht in die schöne weite Welt, sondern begibt sich von der ersten in die allerletzte Klasse unserer Weltverhältnisse.

Auf palästinensischer Seite herrscht beim Außenposten der Autonomie-Behörden wie bei

der Hamas-Kontrolle freundliche Stimmung inmitten von Staub, Armseligkeit und praller Sonne. Eine Kontrolleurin der Hamas untersucht meinen Rucksack. Wahrscheinlich auf Alkohol, der ist in Gaza offiziell verboten. Unser Kollege Mahmoud Abu Rahma vom Menschenrechtszentrum Al Mezan erwartet uns. Mahmoud, Mitte 40, Dreitagebart, mit einem Masterabschluss aus York in internationalen Menschenrechten, kommt uns mit offenen Armen entgegen. Der ruhige nachdenkliche Mann mit grünen Augen, die eine warme Freundlichkeit ausstrahlen, empfängt uns wie Freunde. Aufgewachsen ist er in einem Flüchtlingslager in Rafah, das so enge Gassen hat, dass man dem gegenüberliegenden Nachbarn durchs Fenster die Hand reichen kann. Seine Eltern stammten aus Jaffa wie viele andere Bewohnerinnen und Bewohner Gazas. Der alte Hafen neben Tel Aviv ist heute eine der wichtigen Sehenswürdigkeiten für Touristen – historisch und historisiert. Die anderthalb Jahre Studium in York waren für ihn und seine vierköpfige Familie eine Auszeit von der Ohnmacht, wie sie im Gaza-Streifen herrscht. Die Rückkehr nach Gaza war aber offenbar keine Frage für ihn und seine Familie. Nun ist er wieder der Sprecher von Al Mezan und wir sind nicht die ersten, die er durch die im Sommer 2014 zerstörten Viertel führt.

Leben in Trümmern

Schon bei der Einfahrt in die erste Ansiedlung erwarten uns Trümmerfelder. Der strategische



Majeda Al Saqqa, Sprecherin der Assoziation für Kultur und freie Gedanken: „Wir waren nach dem Krieg am Ende unserer Kraft.“

Grund für die Zerstörung liegt auf der Hand: die Nähe zu Israel. Von Ferne sieht man auf israelischer Seite vier rauchende Schornsteine. Die ehemals fünfstöckigen Wohnblocks auf palästinensischer Seite sehen aus wie umgefallene Dominosteine. Das Szenario ist weniger gespenstisch als rätselhaft. Zwischen dem weit hin sichtbaren industrialisierten und grünen israelischen Territorium liegt eine Zone aus Wiese, Geröll und Feldern, in denen einige wenige Schafe grasen, dann beginnt gleich das dichtgedrängte, hochgeschossige Wohnen. Ein abrupter Übergang vom ländlichen Raum ins Städtische. Wer in dem Teil lebt, der zur Grenze schaut, hat Pech gehabt. Von hier aus fliegen die Raketen der Hamas und anderer palästinensischer Gruppierungen nach Israel und hier schlagen die High-Tech-Waffen der Israelis ein.

Auch Beit Hanoun grenzt direkt an Israel. Mahmoud stellt uns den 62-jährigen Bauern Abdullah Ouhdan vor. Mit seinem zerfurchten Gesicht sieht er wesentlich älter aus. Dieses Viertel oder das, was von ihm übrig ist, wirkt dörflich. Der Bauer lebte mit seiner großen Familie am Rand der Siedlung, seine Felder in Sichtweite. Aus den Häusern, in denen 58 Men-

schen lebten, sind Schuttberge geworden. Zwar waren die Bewohner vorgewarnt worden, trotzdem sind acht Familienmitglieder ums Leben gekommen. „Wir haben sie bislang nicht gefunden, nur ein paar Fleischstücke“, sagt Abdullah Ouhdan. Inmitten der Verwüstung hat er mit der verbliebenen Familie einen Container als Unterkunft errichtet, um sie herum versuchen einige Bauarbeiter und ein Schaufelradbagger die Trümmer zu beseitigen. 200 Dollar erhält er für die Überreste. Ouhdan kennt die israelischen Soldaten. Seine Felder liegen unmittelbar vor einem der Kontrolltürme. Und man spricht, vielmehr ruft sich auch manchmal etwas zu. Gäbe es den Kontakt nicht, könnte er die Felder gar nicht mehr bearbeiten. Auch an die regelmäßigen Einsätze durch die israelische Armee hatte er sich gewöhnt. An der Grenze lebt man mit dem Konflikt. Dass die Bombardierungen beim letzten Mal aber über Stunden anhielten, damit hat er nicht gerechnet.

Während wir in den Trümmern stehen, bringt sein Enkel Kaffee für uns alle. Man raucht. Alle rauchen hier. Jugendliche mit leerem Blick kommen auf uns zu und verlangen unfreund-



Abdulla Ouhdan aus Beit Hanoun hat 8 Familienmitglieder verloren, das gesamte Anwesen für 50 Personen, mehrere viergeschossige Häuser wurden zerstört.



Amal Khedeir leitet das Schulungszentrum für Kinder und Jugendliche in Khan Younis. Ihr Enthusiasmus, Kindern außerschulische Bildung zukommen zu lassen, ist trotz allem ungebrochen.

lich nach Zigaretten. Zwischen dem Schutt spielen die Kinder, ihre Augen sind müde und alt. Viele haben merkwürdige Flecken im Gesicht, kein Schmutz, ein Ausschlag. Mahmoud meint, dass dieser vom Wasser kommt. Der Grundwasserspiegel im Gaza-Streifen sinkt seit Jahren kontinuierlich, weil zu viele Menschen in dieser am dichtesten besiedelten Region der Welt Wasser benötigen. Der Spiegel sinke aber auch, weil kein Frischwasser hinzukomme. Das würde von Hebron aus ins Grundwasserbecken fließen – würde es nicht von Israel abgefangen und in der großindustriell organisierten Landwirtschaft verbraucht, erklärt mir der Al-Mezan-Kollege. Stattdessen drücke ungeklärtes Abwasser mit Meerwasser vermischt in den Grundwasserspeicher an der Küste. In einem Interview vom Sommer 2014 lese ich später eine Erklärung von Uta Filtz vom UN-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge: „Die gesamte Wasserinfrastruktur wurde im Krieg beschädigt, etwa 450.000 Menschen von der Gesamtbevölkerung von 1,8 Millionen haben keinen Zugang zum Wassernetzwerk, das ist ein Viertel der Bevölkerung. Wenn man Wasser hat, ist das Wasser nicht trinkbar. Die

Vereinten Nationen gehen davon aus, dass der Gazastreifen im Jahr 2020 nicht mehr bewohnbar sein wird, ganz einfach, weil es kein Wasser mehr gibt.“

Wir verabschieden uns von dem alten Herren in seiner Trümmerwüste und fahren zur Witwe unseres Kollegen Anwar Al Zaaneen. Er wurde am 10. August 2014 durch eine israelische Drohne getötet. Wir sind auf diese Begegnung nicht vorbereitet. Sein Tod hatte uns berührt. Er schien ein Zeichen dafür, dass längst nicht mehr nur Hamas-Mitglieder im Visier gezielter israelischer Angriffe stehen. Am Haus hängt ein großes Bild von Anwar. Überall in Gaza se-



Mahmoud Abu Rahma, Sprecher der Menschenrechtsorganisation Al Mezan, hat mit seiner Familie während des Krieges im 5. Stock neben der Eingangstür geschlafen.

hen wir solche Bilder von toten Männern. Sie gelten als Märtyrer. Anwar sieht auf dem überlebensgroßen Plakat jung und gut aus. Trotz seiner 41 Jahre habe er sich seine Jugendlichkeit bewahrt, meint Mahmoud. Die Witwe, die ein Tuch eng um den Kopf geschnürt hat, und ihr ältester Sohn Amjad begrüßen uns. Mahmoud flüstert: „Solange Anwar noch lebte, war es hier so grün. Eine Oase. Im Herzen war er ein Bauer. Er hat sich und seine Familie



Das Leben geht auch in den Trümmern weiter.



Baumaterialien für den Wiederaufbau sind Mangelware. Deshalb wird alles aus den Ruinen recycelt.

selbst versorgt, sogar Tiere gab es hinter dem Haus.“ Jetzt ist alles ausgetrocknet. Mahmoud spricht mit einer warmen Zuneigung über seinen getöteten Kollegen und meist in Gegenwartsform. Wieder gibt es Kaffee. Anwars Frau sitzt würdevoll neben mir und zeigt nur zurückhaltend ihren Schmerz. Wir Frauen berühren uns im stillen Einverständnis. Dass wir da sind, ist ein Zeichen des Mitgefühls. Keine Situation für große Worte. Amjad sitzt still da und schweigt. Sein Blick ist unter sich gerichtet. Anwars Tod lastet schwer auf seinem Sohn. Nur bei der Frage, was er werden will, hebt er vorsichtig seinen Blick: Betriebswirtschaft und Englisch will er studieren. Warum sein Vater zu Tode kam, diese Frage lässt sich nicht beantworten. So wenig wie die nach vielen anderen zivilen Opfern bei dem Militäreinsatz. Vielleicht,

sagt Mahmoud, hätten die israelischen Schützen auf Nummer sicher gehen wollen. Ein Mann auf dem Motorrad könnte gefährlich sein. Dabei habe er nur mit den städtischen Angestellten gesprochen, die die Wasserleitung reparierten. Eine Leitung, die auch seine Pflanzen hätte versorgen sollen.

Zeichnungen des Horrors

Majeda Al Saqqa, die Sprecherin unserer Partnerorganisation in Khan Younis, CFTA, der Assoziation für Kultur und freie Gedanken, beschreibt in ihrem Büro bei einer selbstgedrehten Zigarette und dem obligatorischen Kaffee, dass diese 50 Tage im Sommer 2014 von einer neuen schrecklichen Qualität gewesen seien. „Nach den beiden anderen Kriegen der letzten Jahre haben wir am nächsten Tag die Schäden repariert und weiter gearbeitet.“ Dieses Mal sei alles anders gewesen. Die kleine Frau mit grauer Kurzhaarfrisur und Kapuzenpullover macht eigentlich den Eindruck, als würde sie nichts einschüchtern können. „Es war, als hätten sie unsere Körper geöffnet und uns einen großen schwarzen Klumpen eingepflanzt, den wir jetzt überall mit uns herumtragen.“ Das Zentrum ist ein besonderer Ort mit seiner geschwungenen Fassade und einer Architektur, die Licht und Freiheit verspricht. Kinder und Jugendliche kommen hierher und machen Kurse. Amal Khdeir, Mutter von fünf Kindern, leitet das Zentrum seit 23 Jahren. Unter ihrer schwungvollen Ägide haben Jugendliche sprechende Mülleimer entwickelt, die sich großer Beliebtheit erfreuen, weil die Schulen mit ihnen sauberer sind. Aufgrund des Strommangels gab es viele Unfälle mit Kerzen, also entwickelte ein Kurs ein Solarlicht. Amal träumt davon, dass sich eines Tages das Zentrum komplett mit Solarstrom selbst versorgt. Eine Jugendgruppe arbeitet schon daran. Fraglich ist nur, ob die Einfuhr der benötigten Teile von Israel

genehmigt wird. Das Gebäude wirkt wie eine Oase der Ideen, wie man sich nicht unterkriegen lässt. In seinem Zentrum hängt eine Ausstellung über den letzten Gaza-Krieg. 14 Jugendliche, die hier einen Zeichenkurs besuchen, haben die Arbeiten angefertigt. Es sind drastische Portraits toter Kinder, leidender Eltern, zeretzter Puppen in den Trümmern. Die Bilder tragen Titel, die eine einzige Anklage sind: „Eine Kindheit in einer ungerechten Blockade. Globales und arabisches tödliches Schweigen“ oder: „Meine Augen sprechen, auch wenn meine Tränen still sind“. Eines der Mädchen des Kurses, erzählt Majeda, sei nach dem Waffenstillstand gekommen und habe gesagt: „Ich war sicher, dass ihr auch zerstört worden seid.“ Bei diesem Krieg haben die Menschen gelernt, dass es keinen sicheren Ort für sie mehr gibt.

Politisch sei der Gaza-Streifen gespalten, erzählt Majeda. Aber auch die Hamas sei kein einheitlicher Block. Es gäbe kluge und gute Leute darin genauso wie schlechte und gefährliche. Majeda ist eine unabhängige Person. Ihr Appell, dass man mit Hamas reden müsse, ist kein Kniefall vor den diktatorisch agierenden Autoritäten. Politisch sei schwer über die Raketen zu sprechen, meint sie. Aus Sicht einer völlig ausgelaugten und verarmten Bevölkerung in Gaza sind sie ein Zeichen gegen die Ohnmacht nach sieben Jahren israelischer Blockade, die den Gaza-Streifen in ein riesiges hoffnungsloses Armenhaus verwandelt hat. Aber jetzt seien alle müde. Und wenn einzelne militärische Gruppen in der Nachbarschaft versuchten Raketen aufzustellen, würden Anwohner das verhindern.

Träume eines anderen Lebens

Bei Mahmoud zu Hause in Gaza-Stadt. Wir sitzen mit seiner Familie am Tisch bei Fisch und

Fleisch. Seine Frau Samaher lacht viel. Sie besucht gerade einen Englischkurs. Seine Kinder Sharaf, Haya und Rahaf haben schon Berufswünsche. Der älteste Sohn möchte Arzt werden und in England studieren. Mahmoud winkt ab. Dafür reiche das Geld niemals. Seine mittlere Tochter mit denselben runden Grübchen wie ihre Mutter, will Menschenrechtsanwältin werden. Während die Generatoren kontinuierlich surren, weil es erst ab sieben Uhr wieder Strom gibt, unterhalten wir uns über den Film Selma. Mahmoud hat den Film über Martin Luther King kürzlich aus dem Internet heruntergeladen und mit seinen Kindern geschaut. Das wäre für Gaza eine politische Chance, wenn es wie in Selma Empörung und Solidarität einer liberalen Mittelschicht gäbe. Aber die Menschen in Gaza verschwinden unter dem Aufkleber Terrorismus. Mahmoud und seine Kollegen bei Al Mezan setzen große Hoffnung auf den Internationalen Strafgerichtshof. Sie dokumentieren und sammeln Beweise, Fakten, Namen, damit die Verantwortlichen für die Verletzung und Tötung von Zivilisten irgendwann zur Rechenschaft gezogen werden.

Eingeschlossen und ausgeliefert

Mahmouds Kinder haben drei israelische Militärangriffe erlebt. Die Familie wohnt im fünften Stock in Gaza-Stadt. Den vierzehnstündigen Angriff auf Shuja'iya am 21. Juli 2014 haben sie von hier gehört. Alle schliefen gemeinsam in der Nähe der Tür, für den Fall, dass man schnell fliehen muss. Mehr Schutz gibt es im Gaza-Streifen nicht. Dann schickte Mahmoud seine Familie nach Rafah. Kaum angekommen, gab es auch dort Angriffe. „Wir träumen nachts oft vom Krieg“, sagt seine mittlere Tochter. Zum Abschied verschenkt sie selbstgemachte Armreife in den palästinensischen Nationalfarben und zeigt ihre Grübchen.

Auf dem Rückweg zum Grenzübergang Erez, wieder vorbei an den Häusern, die wie Domino-Steine eingestürzt sind. Es stellt sich kein Gefühl der Erleichterung ein. So unerträglich die Lebensbedingungen im Gaza-Streifen sind, noch unerträglicher erscheint der Gedanke, dass man einfach in sein altes Leben zurückkehren kann und die Erinnerungen an Gaza verblasen werden. In dem eingesperrten Raum zwischen dem elenden Gaza und dem grünen, entwickelten und hedonistischen Israel warten wir gemeinsam mit UN-Mitarbeitern und palästinensischen Familien mit Erlaubnis auszureisen. Zwei palästinensische Angestellte des Checkpoints sind noch da. Nach einem Anruf, der scheppernd aus dem Walkie-Talkie dringt, sammeln sie unsere Pässe und die Handys ein, stecken sie in eine Plastiktüte und verschwinden. Ich erinnere mich an die Geschichte von Majeda, die in unterirdischen Räumen von Erez zwölf Stunden verbrachte, um eine Ausreiseerlaubnis für eine Konferenz in Paris zu erhalten. „Ich war völlig desorientiert“, erzählte sie. „Weil die Gänge rauf und runter führten. Dann brachten sie mich in einen Raum ohne Fenster mit einer Klimaanlage, die mal zu heiß und mal zu kalt war.“ Nach langem Warten habe man mit ihr gesprochen und ihr deutlich gemacht, dass man alles über sie wisse. Sie habe schon längst keine Ausreiseerlaubnis mehr haben wollen. „Hauptsache, ich komme hier wieder raus.“

Wir können den Gaza-Streifen verlassen. Entgegen meinen Erwartungen werde ich am Flughafen in Tel Aviv trotz meines Aufenthaltes in Gaza überhaupt nicht befragt. Israel fühlt sich so sicher wie schon lange nicht mehr.

*

Weitere Berichte von Katja Maurer über Begegnungen mit Partnern in Israel und Palästina finden Sie im medico-Hausblog: www.medico.de/blogs



Kinder aus Gaza betrachten Hefe unter dem Mikroskop.

HINSEHEN IST SOLIDARITÄT

80 Jahre würde ein Wiederaufbau von Gaza dauern, sagen Hilfsorganisationen – sofern es keine neuen kriegerischen Konflikte gibt. Davon ist angesichts des absoluten Stillstands in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen nicht auszugehen. Hilfe, auch die von medico, kommt hier ans Ende ihres Lateins. Wie kann eine psychosoziale Hilfe aussehen für Menschen, die nicht nur drei kriegerische Konflikte in den letzten sechs Jahren erlebt haben, sondern eine enorme Energie aufbringen müssen, um gegen die tägliche Ohnmachtserfahrung ihr Leben in die Hand zu nehmen? Wie wiederaufbauen, wenn Zement nur nach endlosen bürokratischen und sicherheitstechnischen Hürden in zu geringen Mengen nach Gaza kommt? Wie Gesundheitsfürsorge organisieren, wenn der Überlebensstress die Menschen krank macht?

Hilfe kann keine Antwort auf politisches Versagen sein. Und der Gaza-Konflikt ist vor allen Dingen dafür ein Ausdruck. Das Bemühen zu Helfen aber ist trotzdem unersetzlich, denn es ist für die Menschen in Gaza der Beweis, dass sie als Menschen wahrgenommen werden. Und vielleicht könnte das der wichtigste Beitrag in der Hilfe sein: die Hinwendung zu den Menschen in Gaza, das Verstehenwollen, wie man unter diesen Bedingungen lebt, das Vermeiden von Etiketten, von gefährlichen allemal, wie die Abstempelung des Gaza-Streifens als Terroristenhort.

In diesem Sinne sind die medico-Projekte mit unseren lokalen Partnerinnen und Partnern wichtig und hilfreich. Einige Förderungen seien hier genannt: Medikamentenlieferungen der israelischen Physicians for Human Rights; die Physiotherapie und Rehabilitierungsmaßnahmen der palästinensischen Medical Relief Society noch während des Konflikts; die Notversorgung von internen Flüchtlingen mit Essen und Material über das Kulturzentrum CFTA in Khan Younis, um sich einen Unterschlupf zu bauen oder größte Schäden zu beheben; das Dokumentieren von möglichen Verletzungen der Genfer Konventionen zum Schutz von Zivilisten in kriegerischen Konflikten mit der Menschenrechtsorganisation Al Mezan. Mit allen genannten Partnerinnen und Partnern arbeitet medico auch in langfristigen Projekten zusammen.

Spendenstichwort: Israel-Palästina

Kein Normalzustand

Sierra Leone: Ein Interview mit Denis Ngotho Lansana über die Ebola-Krise und die erfolgreiche Arbeit der lokalen Akteure



Fotos: NMJD

Denis Ngotho Lansana ist Projektmanager des langjährigen medico-Partners Network Movement for Justice and Development (NMJD) in Kenema, Sierra Leone.

Ebola ist aus den hiesigen Medien weitgehend verschwunden, die Epidemie scheint, wenn nicht besiegt, so doch eingedämmt worden zu sein. Wie ist die Lage vor Ort in Kenema?

Durch die gemeinsame Anstrengung vieler Kräfte, internationaler, vor allem aber lokaler, ist es tatsächlich gelungen, die tödliche Bedrohung zurückzudrängen und das Leiden der Menschen zu lindern. Das gilt auch für die Region Kenema, wo wir kürzlich dreiundzwanzig Tage lang keine Neuinfektion zu verzeichnen hatten und gemäß den Kriterien der WHO kurzzeitig als Ebola-freier Distrikt eingestuft wur-

den, bis dann leider doch wieder drei neue Fälle aufgetreten sind.

Was waren deines Erachtens die wichtigsten und wirksamsten Maßnahmen? Und wie würdest du den Einfluss der Aufklärungsarbeit einschätzen, die ihr als NMJD geleistet habt?

Meines Erachtens ist es mitentscheidend gewesen, dass vor Ort viele Aktivitäten und Initiativen entstanden sind, die sich dem Kampf gegen Ebola verschrieben haben. Das reicht von dem Einsatz freiwilliger Gesundheitsarbeiter über Nachbarschaftsgruppen bis zu Mobilisierungsteams. In den stark von Ebola betroffenen Gebieten, in denen wir als NMJD aktiv waren, sind Beratungszentren und -angebote entstanden. Manche wurden auch von religiösen Gruppen oder von Jugendinitiativen getragen. Diese Mobilisierung der lokalen Strukturen hat entscheidend zu einem friedlichen Miteinander sowie zu einer Verbesserung der sanitären und hygienischen Bedingungen vor Ort beigetragen. Der Schlüssel war meines Erachtens aber der Kampf gegen Unwissenheit.

Was meinst du damit?

Ebola konnte sich auch deshalb so stark ausbreiten, weil viele Menschen die Gefahren lange Zeit nicht wahrhaben wollten – oft so lange, bis sie unmittelbar davon betroffen waren. Es

kursierten mächtige Gerüchte. Manche vermuteten hinter Ebola eine Strategie der Regierung, um an Gelder von der internationalen Gemeinschaft zu kommen. Andere sahen einen Plan des Westens am Werk, die Bevölkerung Afrikas zu dezimieren. All das hat eine Leugnung gefördert und diese wiederum die hohe Infektionsrate. Die Aufklärungsaktivitäten auf lokaler Ebene haben dann aber dazu geführt, dass niemand mehr die Augen verschließen konnte. Auf diese Weise hat der Kampf gegen Ebola sogar zu einer Stärkung der öffentlichen Bildung und des Wissens über Gesundheit beigetragen. Zum Beispiel ist das Bewusstsein gewachsen, wie wichtig es ist, sich regelmäßig die Hände zu waschen. Nach und nach haben die Menschen akzeptiert, dass sie ihre an dem Virus verstorbenen Angehörigen nicht wie üblich waschen oder zum Abschied umarmen sollten. Dank unserer beharrlichen Aufklärungsarbeit sind die Botschaften angekommen und viele Menschen haben ihr Verhalten geändert. Wichtig bei all dem war es, ihnen nicht nur Beschränkungen aufzuerlegen, sondern auch Alternativen aufzuzeigen. So haben sich Gruppen darum gekümmert, sichere, aber gleichwohl würdige Bestattungszeremonien einzuführen. All das hat in hohem Maße geholfen, die Epidemie einzudämmen.

Ein großes Problem war die Stigmatisierung der Infizierten und derjenigen, die Ebola überlebt haben. Gibt es diese soziale Ausgrenzung weiterhin?

Die Geschichte der 19-jährigen Monjama Kamara zeigt, wie die Stigmatisierung konkret ausgesehen hat: Sie wurde mit einer Infektion in einem Krankenhaus behandelt. Nachdem sie als geheilt entlassen worden war, haben ihre Nachbarn, Angehörige und selbst beste Freunde den Kontakt mit ihr vermieden, aus Unsicherheit darüber, sie könnte immer noch ansteckend sein. Vor allem in den ersten Monaten nach Ausbruch der Epidemie waren Dis-

kriminierungen und Stigmatisierungen extrem verbreitet. Das hat uns veranlasst, aktiv zu werden. In Abstimmung mit lokalen Autoritäten haben wir in den Gemeinden Aufklärungsteams zusammengestellt. Ziel war es, durch Information und Aufklärung Ängste zu nehmen und die traumatisierenden Folgen der Epidemie zu vermindern. Es gab auch viele lokale

„Mitentscheidend ist gewesen, dass vor Ort viele Initiativen entstanden sind, die sich dem Kampf gegen Ebola verschrieben haben.“

Versammlungen, auf denen wir und andere Aktivisten Menschen, die Ebola überlebt haben, demonstrativ umarmt haben. Das gleiche ist in Kirchen und Moscheen geschehen. Das waren kleine Gesten, die große Wirkung hatten. Tatsächlich hat sich das Problem nahezu aufgelöst. Allerdings leiden viele Überlebende weiterhin an physischen oder psychosozialen Beeinträchtigungen, an chronischen Kopfschmerzen, Unterernährung, Benommenheit, aber auch an Traumata. Unser Netzwerk versucht, diese Menschen gezielt zu unterstützen.

Kannst du beschreiben, wie das tägliche Leben in Kenema heute aussieht?

Zum Teil hat es sich normalisiert. Wichtig war zum Beispiel, dass das Flugverbot aufgehoben wurde und die Benzinpreise wieder gesunken sind. Indem der Transport wieder angelaufen ist, kann auch das Wirtschaftsleben wieder auf die Beine kommen. Die positive Entwicklung sieht man auch daran, dass die lokalen Märkte wieder stattfinden. Von einem Normalzustand sind wir aber noch weit entfernt. So sind die Schulen zumindest bis März noch geschlossen. Parallel laufen allerdings Bemühungen, die Schulen hinsichtlich der Ebola-Gefahr bes-



Von Tür zu Tür: In ihrer Aufklärungsarbeit haben die Aktivisten des NMJD über Schutzmaßnahmen informiert, aber auch gegen die Stigmatisierung von Betroffenen angekämpft.

ser auszustatten. Zudem werden die Lehrkräfte geschult und die Lehrpläne um Themen wie Infektionsschutz ergänzt.

Was könnten die nächsten Schritte sein?

Man kann gar nicht stark genug betonen, dass die Ebola-Epidemie die Gesellschaft Sierra Leones bis in alle Fasern systematisch verwüstet hat. Neben der großen Zahl an Toten hat sie zusätzlich Waisen, Witwen und Witwer hervorgebracht. Mit dem Tod des Ernährers haben viele Familien ihre Lebensgrundlage verloren. Es gibt einen alarmierenden Anstieg an schwangeren Teenagern. Durch den zwischenzeitlichen Stillstand in der Landwirtschaft drohen in naher Zukunft Nahrungsengpässe. Man darf auch nicht übersehen, welche Folgen es hat, dass eine große Zahl von Ärztinnen und Ärzten, Krankenschwestern und andere Gesundheitsfachkräfte gestorben ist – schon vor Ebola gab es viel zu wenig medizinisches Personal. Angesichts des düsteren Bildes im Schatten der Ebola-Krise dürfen sich die internationale Gemeinschaft und die Geldgeber nun nicht zurückziehen. Ebola hat deutlich aufgezeigt, wie

schwach und mangelhaft unser Gesundheitssystem ist. Die Notwendigkeit, dass es einer besseren und breiteren Gesundheitsinfrastruktur bedarf, ist eine der wichtigsten Lehren – und nun eine der dringlichsten Aufgaben.

Interview: Anne Jung
Übersetzung: Christian Sälzer

Zu Hochzeiten der Epidemie haben sich die medico-Projektpartner in Sierra Leone darum bemüht, in zivilgesellschaftlichen Bündnissen über die Gefahren des Ebola-Virus aufzuklären und zugleich der wachsenden Stigmatisierung der Erkrankten entgegenzuwirken. Neben der konkreten Basisarbeit fordern sie, dass der Staat Verantwortung übernimmt und der gesellschaftliche Reichtum durch Reinvestitionen in die Bereiche Gesundheit und Bildung allen Menschen zugutekommt. Das ist der beste Katastrophenschutz.

Spendenstichwort: Sierra Leone

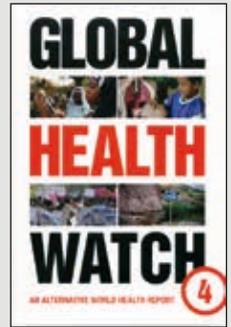
SPRACHROHR VON UNTEN

Die vierte Ausgabe des alternativen Gesundheitsberichts Global Health Watch ist erschienen

Die Ebola-Epidemie in Westafrika offenbarte die verheerenden Auswirkungen krank machender Lebensverhältnisse. Sie hat Fragen nach dem Wirken und schlussendlich dem Versagen nationaler und internationaler Politik aufgeworfen, die mit ihren Macht- und Handelsinteressen die lokalen Strukturen und deren Möglichkeiten, würdige Lebensbedingungen zu schaffen, destabilisieren. Das war die Voraussetzung für die anfangs ungebremste Ausbreitung des tödlichen Virus. Der gerade erschienene Bericht Global Health Watch hilft, die sozialen und politischen Bedingungen der Epidemie zu verstehen. Der weltweit einzige alternative Gesundheitsbericht nimmt die globale Gesundheitskrise in den Fokus, die eine Krise der Armut, Krankheit und Benachteiligung ist. Die Beiträge, verfasst von über 100 Forscherinnen und Aktivisten sowie kritischen Organisationen aus aller Welt, analysieren die global wirksamen Machtmechanismen, die zu der Destabilisierung von Gesundheitssystemen beigetragen haben. Hierzu zählen Freihandelsabkommen, die den ungehinderten Zugriff auf die fruchtbaren Böden und Rohstoffe der arm gehaltenen Länder erst ermöglicht haben, die immer weiter um sich greifende Privatisierung des Gesundheitssektors und der damit verbundener Machtzuwachs der Pharmaindustrie und privater Gesundheitsakteure sowie die staatlich erzwungenen Sparmaßnahmen im Gesundheitssektor, wie wir es aktuell in Griechenland erleben.

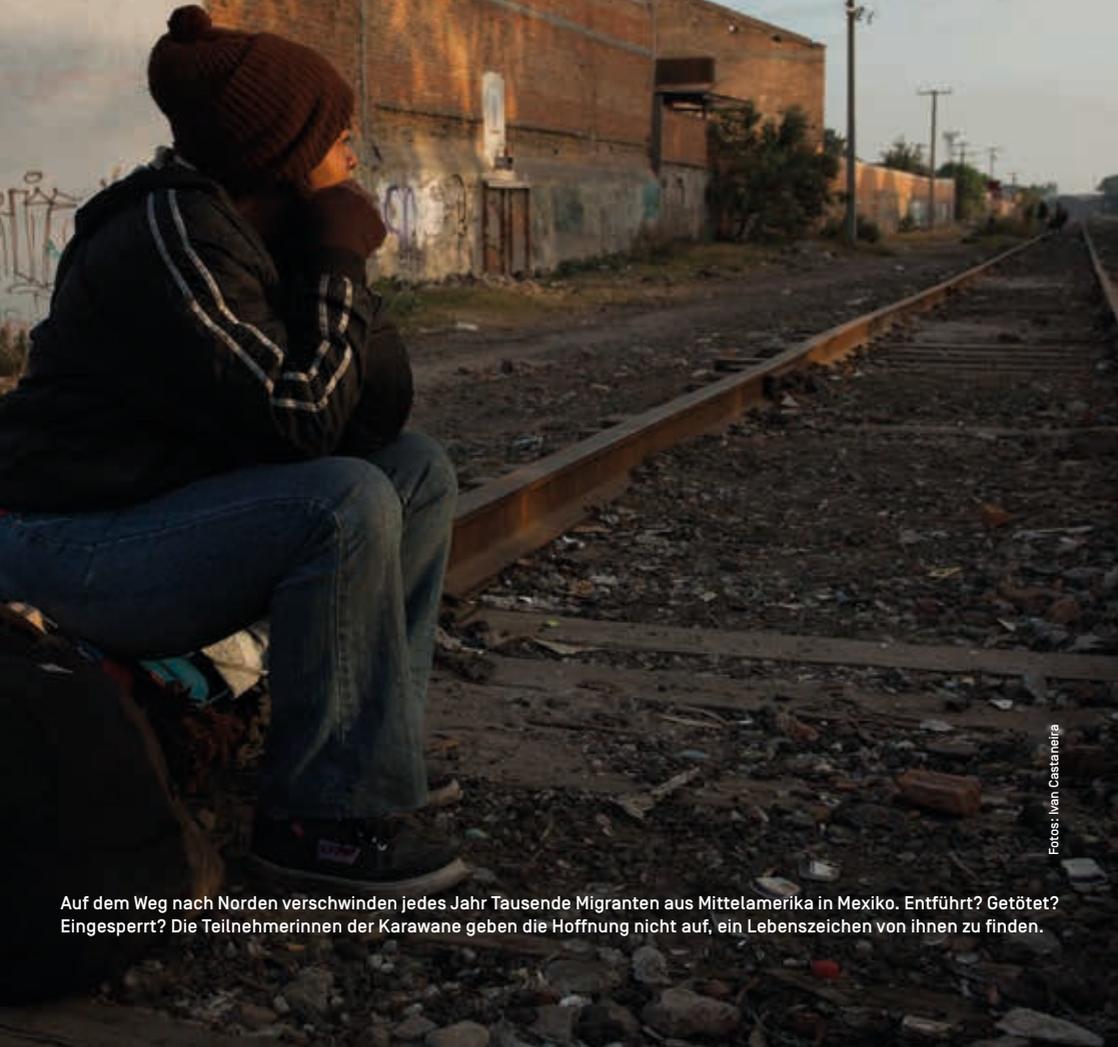
Das Buch ist Sprachrohr und Botschafter einer alternativen Gesundheitsbewegung von unten. Und es wäre nicht das Buch einer Bewegung, wenn darin nicht das Wirken globaler Akteure und Geschichten des Widerstandes, des Handelns und des Wandels Raum fänden: Die brasilianischen Erfolge in der flächendeckenden Gesundheitsversorgung und in der Einrichtung eines Pioniermodells sozialer Partizipation, mit allen realen Schwierigkeiten, werden kritisch diskutiert. Das Kapitel zu Südafrika beleuchtet das Bestreben der südafrikanischen Regierung, ein steuerfinanziertes Gesundheitssystem mit universellen Leistungsansprüchen einzuführen. Das verbindende Narrativ ist die Vision von Gleichbehandlung und einem gerechten Zugang zu Gesundheit für alle Menschen.

Der interdisziplinäre Ansatz des alternativen Gesundheitsberichtes füllt den Satz, dass Gesundheit mehr ist als die Abwesenheit von Krankheit, mit Inhalt. Und er zeigt auf, dass es bisweilen sinnvoller sein kann für würdige Lebensbedingungen zu streiten, in eine Gewerkschaft einzutreten oder zu einer Demonstration zu gehen als zum Arzt, wenn wir uns krank fühlen.



Global Health Watch 4,
Zed Books Ltd., 37 EUR

Spuren- suche



Fotos: Nan Castañeda

Auf dem Weg nach Norden verschwinden jedes Jahr Tausende Migranten aus Mittelamerika in Mexiko. Entführt? Getötet? Eingesperrt? Die Teilnehmerinnen der Karawane geben die Hoffnung nicht auf, ein Lebenszeichen von ihnen zu finden.

Mittelamerika: Frauen folgen den Migrationsrouten ihrer verschwundenen Angehörigen und fordern Aufklärung

Von Erika Harzer

Es ist noch früh am Abend. Im Zentrum von Tenosique, einer 50.000-Einwohner-Stadt im mexikanischen Bundesstaat Tabasco, formiert sich eine kleine Gruppe von Menschen. Gleich werden sie eine Demonstration beginnen, einmal um den zentralen Platz herum, den das Rathaus mit einer wilden Architektur aus dreigeschossigem Zweckbau und grün leuchtendem Turm dominiert. Es sind überwiegend Frauen, schlicht gekleidet, aus allen Altersgruppen. In ihren Heimatländern würde man sie „humilde“ nennen, einfache Frauen. Sie kommen aus Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala. Den Fahnen ihrer Heimatländer zugeordnet stellen sie sich auf. Mit weißen Käppis auf dem Kopf und großen Fotos bei sich. Bei manchen sind es ältere, etwas unscharfe Fotos, mehr als zehn Jahre alt. Fotos von damals, kurz bevor die darauf abgebildete Person loszog in Richtung Norden, ins gelobte Land, in die USA. Bei manchen der Gesuchten verliert sich die Spur schon hier in Tenosique, sechzig Kilometer von der Grenze zu Guatemala entfernt, über die alle Migrierenden auf dem Landweg kommen müssen.

In Tenosique beginnen diese Mütter, Ehefrauen, Schwestern und ein paar wenige Väter ihre Rundreise „Brücken der Hoffnung“. In siebzehn Tagen werden sie durch zehn mexikanische Bundesstaaten und 24 Städte reisen. Auf der Suche nach ihren verschwundenen Angehörigen. Eine Karawane von Fotos, Abbildern von Menschen, deren Spuren irgendwann unsichtbar wurden. In Mexiko nehmen die weitgehend

Schutzlosen aus Angst vor der „Migra“, der Migrationsbehörde, immer gefährlichere Wege. Sie sind kriminellen Banden ausgeliefert, die sie rekrutieren, für Lösegeldzahlungen entführen sowie Frauen und Mädchen wie Sklavinnen zur billigen Prostitution zwingen.

Auf den Zufall hoffen

„Lebend habt ihr sie genommen – lebend wollen wir sie zurück.“ Wieder und wieder rufen die Angehörigen diese Parole, die noch aus den Zeiten der lateinamerikanischen Militärdiktaturen stammt, als politische Gegner dem System der „Nationalen Sicherheit“ zum Opfer fielen und einfach verschwanden. Heute gehört das Verschwindenlassen wieder zum System, dieses Mal zu dem der Abschreckung. Hier in Tenosique halten die Angehörigen die Fotos hoch, zeigen sie den Menschen, die stehenbleiben und diesem Demonstrationszug eine gewisse Achtung erweisen. Bei Dunkelheit beleuchten Kerzen die auf dem Boden ausgelegten Fotos. Die Mütter hoffen auf Hinweise, auf Zufälle. Vielleicht wurde der Sohn doch nur verhaftet, sitzt eine Strafe ab. Vielleicht unter falschem Namen, um nicht in sein Heimatland deportiert zu werden.

Die Fragen wiederholen sich, auch die Bitten. „Habt ihr diese junge Frau zufällig gesehen, schaut doch bitte auf dieses Bild. In diese Augen...“ Manche zögern, würden gerne helfen. Aber es sind so viele Menschen, die auf dem

Weg nach Norden hier vorbeikommen. Eine Mariachi-Gruppe sucht Kundschaft auf dem Platz, wie jeden Abend. Irgendjemand engagiert sie für die Mütter. Sie finden das richtige Lied für diesen Moment, und alle singen lauthals mit: „Ay ay ay ay, canta y no llores“, sing und weine nicht.

Am nächsten Morgen verlässt die Karawane Tenosique. Vorneweg eine Polizei- oder Militärpatrouille, dann der Reisebus, die begleitende Pressegruppe, ein Auto der „Grupo Beta“, deren Angestellte von der mexikanischen Migrationsbehörde zum Schutz der Migranten eingesetzt sind. Irgendwo auf den Infotafeln auch das Logo von medico international, dem Geldgeber für diese Karawane, die von dem medico-Partner Movimiento Migrante Mesoamericano (M3) organisiert wird. M3, das sind fünfzehn Aktivistinnen und Aktivisten sowie Fray Tomás, Rubén Figueroa von der Migrantenherberge „La 72“ in Tenosique und Marta Sánchez Soler aus Mexiko-Stadt. Marta ist mit 73 Jahren die Älteste der Gruppe. Ihre Eltern kamen nach dem spanischen Bürgerkrieg nach Mexiko. Seit Jahrzehnten engagiert sie sich gemeinsam mit ihrem Mann José Jacques Medina für die Rechte von Migrantinnen und Migranten. José Jacques ist dieses Jahr nicht dabei, weil er als Repräsentant des M3 die parallele Karawane in Italien begleitet. Gleichzeitig ist ein Vertreter aus Italien in Mexiko dabei.

Aus Trauer entstand Mut

„Das M3 ist keine humanitäre Organisation im klassischen Sinne. Wir wollen die Ursachen der Probleme bekämpfen, stellen politische Forderungen.“ Martas Stimme wirkt leicht belegt. Sie organisiert unermüdlich, gibt Interviews, trifft sich mit Regierungsvertretern. Dazwischen tröstet sie, wenn Tränen fließen. „Früher“, sagt sie, „haben die Mütter nur geweint.

Sie waren vom Schmerz gezeichnet und konnten, wenn überhaupt, nur über ihre persönliche Tragödie sprechen.“ Das habe sich verändert und darauf sei sie stolz, erzählt sie weiter und lacht dabei. „Aus den vom Schmerz gezeichneten Müttern sind Kämpferinnen und Verteidigerinnen der Menschenrechte geworden.“ Zusammen mit diesen Müttern besuchen Marta und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter von M3 auf der Route der Karawane Menschenrechtsorganisationen, Regierungsvertreter, Abschiebezentren, Gefängnisse, Armen- und Rotlichtviertel der Großstädte. Sie gleichen Listen ab, auf der Suche nach Namen, Geburtsdaten, Fotos.

Wege voller Gefahren

Mexikos politische Rolle als Transitland zwischen den Ausgangsländern Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala und dem Zielland USA kritisiert der katholische Geistliche Fray Tomás massiv. Er spricht von einer dreckigen, mit Blut beschmierten Politik, in der Mexiko zum Handlanger der USA geworden sei und die mittelamerikanischen Länder verraten habe. Der Franziskanermönch redet offen und direkt. Dafür wird er von den Migrantinnen und Migranten geschätzt. Doch er erhält auch immer wieder Drohungen. Das macht ihm Angst, sagt er.

Anfang 2010 übernahm er die Leitung der am Rand von Tenosique gelegenen Herberge „La 72“. Der Name erinnert an die im Sommer 2010 in Tamaulipas im Norden Mexikos gefundenen Leichen von 72 Migranten aus Mittel- und Südamerika. Sie fielen den Zetas zum Opfer, einem der mächtigsten Drogenkartelle Mexikos, zu deren Geschäft auch der Wegzoll und die Entführung der Schutzlosen gehört, um Lösegeld von deren Familien zu erpressen.

Die Zusammensetzung derjenigen, die sich auf den gefahrenvollen Weg Richtung Norden ma-

chen, habe sich verändert, beschreibt Fray Tomás die Lage in der Herberge. Vor ein paar Jahren noch seien es fast ausschließlich Männer gewesen. „Heute sind es auch viele Frauen, manche mit Kindern, oder komplette Familien, Jugendliche von zehn aufwärts, aber auch Ältere und Menschen unterschiedlichster sexueller Orientierung.“ Wie das komme? „Die Lage in den Herkunftsländern vertreibt die Menschen, dort herrschen mörderische Verhältnisse, die diese Migration erzwingen.“ Nutznießer davon sind die Zielländer, in denen die Arbeitskräfte gebraucht werden. Aber auch die Regierenden der Herkunftsländer verdienen gut an der Migration. Eine ihrer wichtigsten Einnahmequellen sind die „Remesas“, die Überweisungen der Migranten. Lange Zeit, so Fray Tomás, habe M3 das Ziel verfolgt, die Netze der organisierten Kriminalität zu entlarven, die die Migrationsrouten beherrschen. Doch zu offensichtlich ist die Verstrickung der staatlichen Autoritäten. „Heute sprechen wir nicht mehr von organisierter Kriminalität, sondern von autorisierter Kriminalität.“

Am Abend hält Fray Tomás auf einem Basketballplatz einen kleinen Gottesdienst für die Karawane. Die Mütter stellen Kerzen vor sich ab. Als sie den Platz verlassen, wird die aus brennenden Kerzen geschriebene Zahl 43 sichtbar: Ein Gedenken an die 43 im September 2014 verschwundenen Studenten aus Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero. Sie waren von der Polizei verhaftet und an Kriminelle übergeben worden. Die hatten sie, wie sich nach Monaten der Ungewissheit herausstellte, ermordet und ihre Leichen verbrannt.

Die Autorin hat in Zusammenarbeit mit BRIDLFI/ WDR zum gleichen Thema auch ein Radiofeature erarbeitet: „Der mittelamerikanische Exodus – Wenn Kinder nur noch weg wollen“. Mehr Infos unter www.eha-media.de.



Die Suche ist auch eine Anklage: Frauen legen Fotos der Verschwundenen aus.

medico international fördert M3 seit 2011. Dank dieser Unterstützung konnte die Organisation ihre Aktivitäten ausweiten und ihre Öffentlichkeitsarbeit intensivieren. Aktuell arbeitet die Gruppe am Aufbau einer eigenen Datenbank verschwundener und vermisster Migrantinnen und Migranten. Dokumentiert werden auch Straftaten und Menschenrechtsverletzungen. Durch eigene Recherchen in den Herkunftsländern soll ein Netzwerk aufgebaut werden. Die ebenfalls von medico international unterstützte Herberge „La 72“ leistet humanitäre Hilfe und Rechtsbeistand für durchreisende Menschen und für jene, die sich niederlassen wollen.

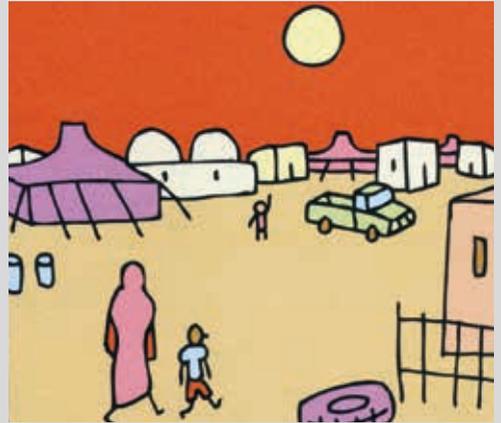
Spendenstichwort: Migration

medico aktiv

40 Jahre Unrecht

Ein Comic erklärt den Westsahara-Konflikt

Es hätte als Jahr des Aufbruchs und der Freiheit in die Geschichte eingehen können. Stattdessen wurde das Jahr 1975 für die Bevölkerung der Westsahara zum Beginn einer Ära gebrochener Versprechen und einer andauernden Besatzung. Als vor 40 Jahren die spanische Kolonialmacht aus der Westsahara abzog, wurde das Gebiet an der Atlantikküste Nordwestafrikas von Marokko besetzt. Ein großer Teil der Bevölkerung floh aus den Städten vor den Gräueltaten, im Landesinneren wurden die Flüchtenden von marokkanischen Truppen bombardiert. Die Überlebenden fanden in Camps bei Tindouf in Algerien Zuflucht. In dieser Geröllwüste leben sie bis heute im Exil und in völliger Abhängigkeit von internationalen Hilfsorganisationen. Umso nervöser reagieren die sahraischen Flüchtlinge auf Nachrichten, dass die Hilfe des Welternährungsprogrammes nur noch bis zur Jahresmitte finanziert sei und konservative EU-Abgeordnete aus Deutschland Kürzungen



der humanitären Hilfe befürworten. Gemeinsam mit dem „Verein Freiheit für die Westsahara“ stellt sich medico dem entgegen und versucht den politischen Prozess für das von der UN versprochene Unabhängigkeitsreferendum voranzubringen. Doch nach 40 Jahren ist die Erinnerung an den letzten ungelösten Kolonialkonflikt Afrikas hierzulande weitgehend verblasst. medico unterstützte deshalb Übersetzung und Druck des Comic „Der Westsahara-Konflikt in weniger als 3000 Wörtern“ von Mauro Entrialgo. Die [aus]gezeichnete Einführung vermittelt Wissenswertes über umstrittene Rohstoffe, die Mauern, das Referendum und die Flüchtlingslager.

Der Comic kann kostenfrei bestellt werden auf www.medico.de/material

Exakt das, was nötig war Bericht über die Verhör- und Folterpraktiken der CIA

„Die Haftbedingungen und die Anwendung erlaubter und unerlaubter Verhör- und Konditionierungsverfahren“ waren „grausam, unmenschlich und entwürdigend“, schreibt Dianne Feinstein, die Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des US-Senats, in ihrem Vorwort zu dem Ende Dezember 2014 veröffentlichten Bericht über die Folterpraktiken der CIA. Unter anderem dank der Unterstützung von medico international hat der Frankfurter Westend Verlag jetzt eine deutsche Übersetzung des auf mehr als sechs Millionen interner CIA-Dokumente basierenden Berichts herausgegeben. Ein Dokument des Schreckens, das die Verflechtungen der CIA

mit anderen Regierungsorganisationen in den USA, aber auch außerhalb offenlegt. Und es zeigt, wie ethische und juristische Grenzen im entfesselten Kampf gegen den Terrorismus rigoros außer Kraft gesetzt wurden. Der ehemalige US-Vizepräsident Dick Cheney bringt das so auf den Punkt: „Wir taten exakt das, was notwendig war.“ In einem einleitenden Artikel kommentiert Herausgeber Wolfgang Neskovic, ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof, diese fundamentale Missachtung der Menschenrechte und fragt nach der Bedeutung für die hiesige Politik. Ein Teil der Erlöse aus dem Buchverkauf geht an die medico-Projekte zur juristischen Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen.

Wolfgang Neskovic [Hg.]: Der CIA-Folterbericht, Westend Verlag, Frankfurt 2015, 18 Euro

Ursachen der Seuche medico auf dem Kongress Armut und Gesundheit

Die Lehren aus Ebola? Im entwicklungspolitischen Diskurs ist verstärkt von „Preparedness“ die Rede, also davon, dass man vorbereitet sein müsse auf Gefahren, die überall entstehen und jederzeit hierher überspringen können. So wird aktuell über die Bildung einer internationalen Weißhelm-Ärztetruppe diskutiert, die sofort an einen aufkommenden Krisenherd geschickt werden kann. Dass solche Ideen in die falsche Richtung weisen – darum ging es bei den drei medico-Foren auf dem Kongress „Armut und Gesundheit“ Anfang März 2015 in Berlin. Unter dem Titel „Sozialmedizin im Zeichen von Seuchenkontrolle“ setzten sich die Referentinnen und Referenten im vollen Saal mit den Ursachen und Folgen der Epidemie in Westafrika ausein-

ander. So betonte der Menschenrechtler und medico-Projektpartner Abu Brima aus Sierra Leone, dass es statt medizinischer Eingreiftruppen Investitionen in die Basisgesundheitsversorgung vor Ort bedarf. Dies und der Zugang zu Bildung seien der wirksamste Seuchenschutz. David McCoy vom People's Health Movement wies auf die sozialen Pathologien der Epidemie hin – und damit auch auf die Interessen ausländischer Konzerne an dem Zugriff auf Rohstoffe und Ackerflächen. Wenn etwa das Landgrabbing die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstört, werden selbst neue Krankenhäuser nicht wirklich helfen. Strukturelle Prävention muss Regulierung und Umverteilung einschließen, nur so kann die Forderung nach sozialer Sicherung den Sicherheitsdiskurs perspektivisch ablösen.

Zum Nachhören gibt es die medico-Foren unter www.medico.de/armut-gesundheit



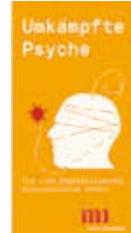
1



2



3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 Stiftung medico international**

[16 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

4 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

5 medico-Kampagne #untragbar

Kampagnenmaterial: Plakat, Flyer und eine pffiffige Sprüh-schablone, mit der Sie ihren eigenen Punkt setzen können. Kostenlos bestellen unter: www.medico.de/material.

6 Der Westsahara-Konflikt

[20 S. Comic] Eine gezeichnete Einführung in den letzten ungelösten Kolonialkonflikt Afrikas: Geschichte kompakt von 1442 über den „Grünen Marsch“ bis heute, umstrittene Rohstoffe, die Mauern, das Referendum, die Flüchtlingslager, die Hauptpersonen und ein Mini-Wörterbuch Hassania.

7 Stichwort Israel/Palästina

[20 S. DIN A5] Partnerportraits und exemplarische Beispiele der medico-Projektarbeit in Israel und Palästina, verbunden mit einer Postkarte zum Weiterschicken.

8 Unterstützung für ein demokratisches Experiment

[Faltblatt] Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Die kurdischen Gebiete in Syrien brauchen heute unsere Anerkennung und Solidarität. Unterstützen Sie die humanitäre Nothilfe für die kurdisch-syrische Region Rojava. Bestellen, verteilen & spenden: Wir schicken Ihnen gerne unseren Aufruf zu.

Ich bestelle:

- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
- _____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
- _____ Faltblatt: Umkämpfte Psyche
- _____ Flyer: medico-Kampagne #untragbar
- _____ Comic: Westsahara-Konflikt
- _____ medico Stichwort: Israel/Palästina
- _____ Faltblatt: Unterstützung für Rojava
- _____ Abonnement medico-Rundschreiben vier Hefte/Jahr

Anzahl _____

Name _____

Straße _____

Ort _____

Meine Spendennummer _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass einmalig für diese Bestellung eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN/KTO _____

BANK _____

BIC/BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an
medico international
Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an (069) 43 60 02



Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Ar-

beit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC: HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Claire Tillmann und Marek Arlt

Allgemeine Anfragen,
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Claire Tillmann

Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: tillmann@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

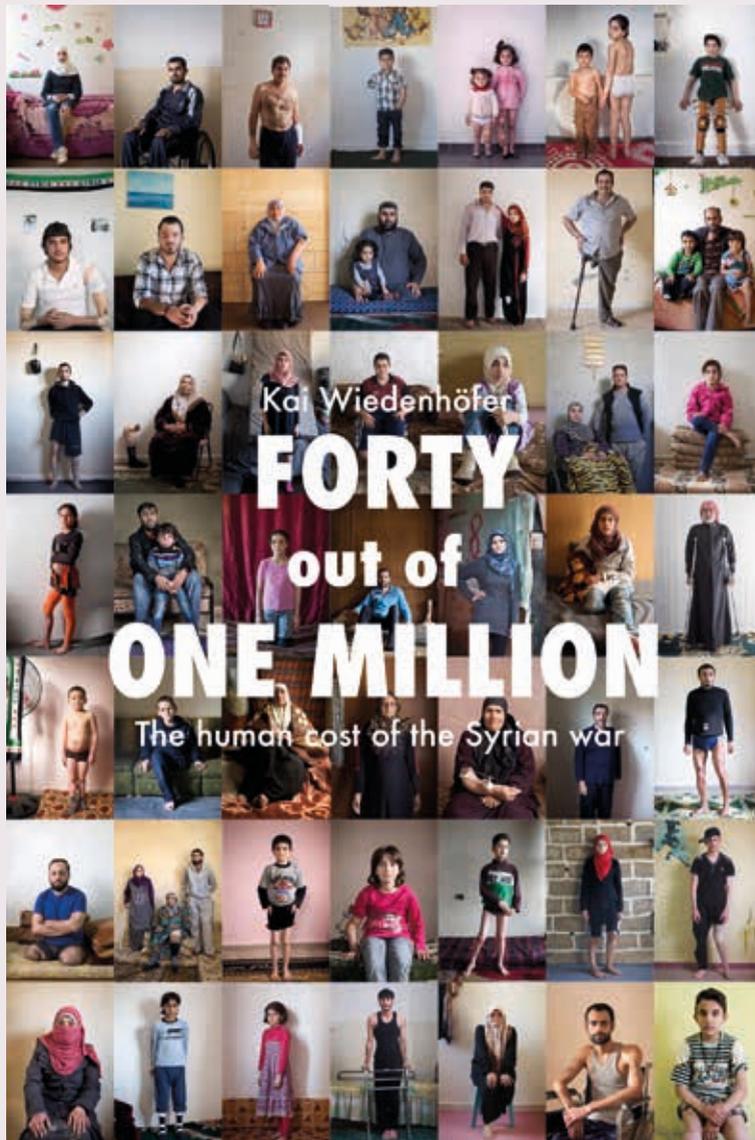
Impressum

Herausgeber:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektur: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.



Vierzig von einer Million. Ein Dokument der Würde. Bilder von Opfern des syrischen Bürgerkrieges. 500 Gramm Papier, die unter die Haut gehen. Portraits des beschädigten Lebens aus Flüchtlingslagern in Jordanien und im Libanon. Aufgenommen von Kai Wiedenhöfer. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und medico international. Erscheint in Kürze. Interesse? Dann melden Sie sich bei uns.

**SYMPOSIUM
ANLÄSSLICH
DES
10-JÄHRIGEN
JUBILÄUMS
DER
STIFTUNG
MEDICO
INTERNATIONAL**

Dem Elend standhalten?!

Die Idee der Resilienz als Teil der neo-liberalen Transformation von Staatlichkeit

Die Frage des Umgangs mit den Gefahren, denen Menschen ausgesetzt sind, ist zuallererst eine politische Frage. Zählte zur Idee der Moderne noch der Anspruch, über die Gestaltung der Lebensumstände, für die Einhegung von Risiken und damit für weitgehende soziale Sicherung zu sorgen, kehrt die Idee der Resilienz dieses Verhältnis um. Nun sind es die Menschen mit ihren sozialen Beziehungen, die sich durch Schaffung persönlicher bzw. lokaler Bewältigungskompetenz, durch Selbstoptimierung und vorausschauendes Katastrophenmanagement, eben durch Resilienz, an scheinbar unkontrollierbare und unabwendbare Gefahren anpassen sollen.

mit **Thomas von Freyberg, Usche Merk, Mark Neocleous, Ilija Trojanow, u.a.**

**5. und 6. Juni 2015
Haus am Dom, Frankfurt am Main**

Informationen und Anmeldung:
www.medico.de

 **stiftung
medico international**